

ZUKUNFT 09

2009

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Nützlich
sein**
Robert Misik

**Banken retten –
wozu?**
Beat Weber

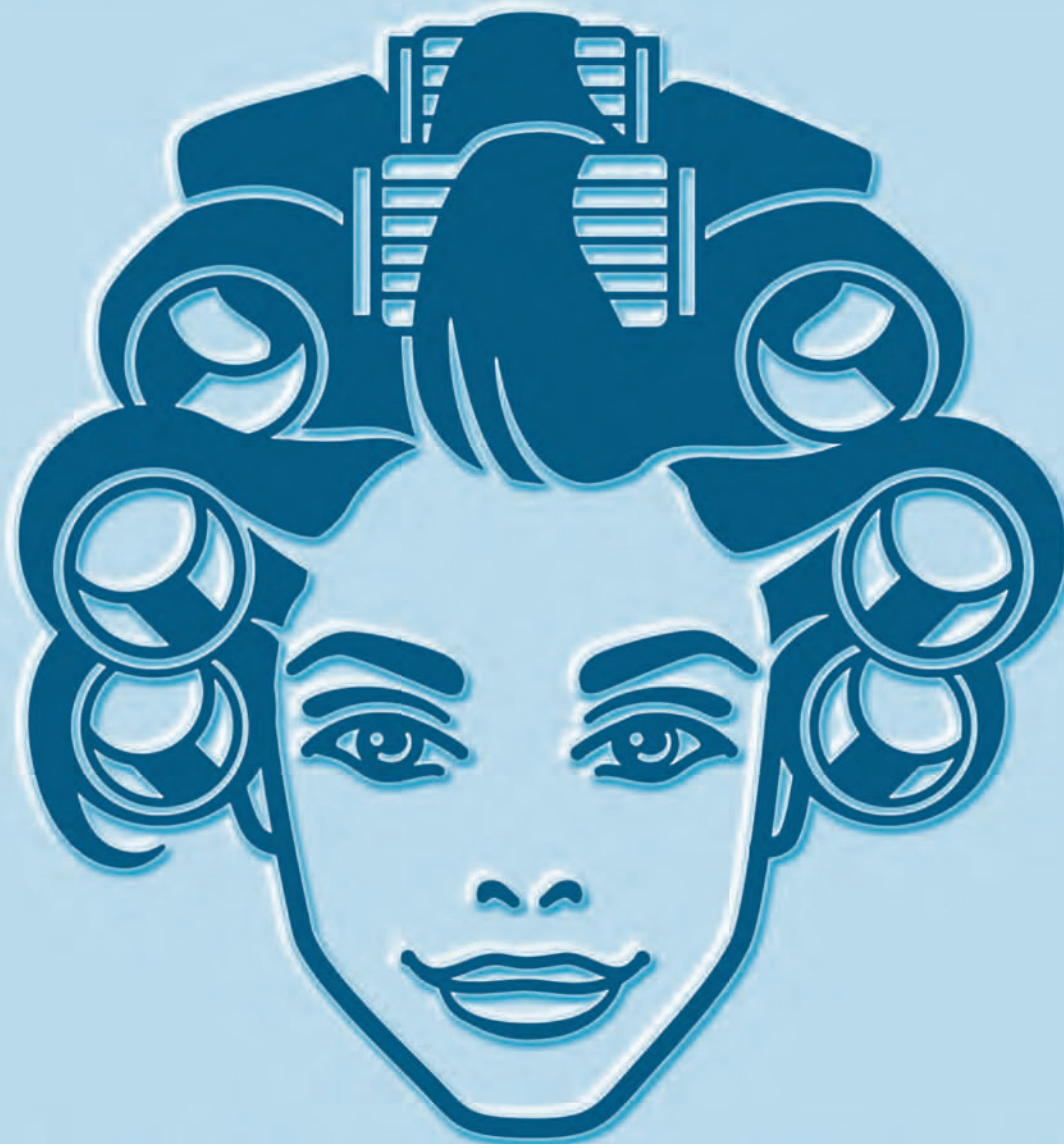
**Staat und Neoliberalismus –
ein Widerspruch in sich?**
John Kannankulam

**Soziale Marktwirtschaft –
Marktwirtschaft sozial?**
Artur Streimelweger

PLUS
AKZENTe.



GROSSER AUFTRITT
WIEN MUSEUM



TROCKNEN SIE IHRE HAARE MIT WASSER.

Fast 90 % seines Stroms produziert der Verbund aus heimischer Wasserkraft. Mit gutem Grund. Denn die Nutzung erneuerbarer Energie ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung. Und das Beste: Günstiger Strom vom Verbund entlastet nicht nur das Klima, sondern auch die Geldbörse. Für unsere Kunden gilt deshalb: **SAUBERER STROM. SAUBERER PREIS.**

0800 210 210

www.verbund.at



Editorial



BALL DER STADT WIEN, 1904
WILHELM GAUSE
© WIEN MUSEUM

Selten ist es einer Monatszeitschrift vergönnt, dermaßen am Puls der Tagespolitik zu sein, wie uns mit der Rubrik »Aktuelle Debatte« zum Thema **Laiengerichtbarkeit** im letzten Heft: Kaum hatten sich SPÖ-Justizsprecher **Hannes Jarolim** und der Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer StrafverteidigerInnen, **Ernst Schillhammer**, in ihren Diskussionsbeiträgen gegen die von der Justizministerin für Herbst angedrohten Einschränkungen ausgesprochen, da waren die gesetzlichen Grundlagen zur allgemeinen Überraschung auch schon geändert – wenn auch nicht im Sinne unserer Autoren. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2009 hatte die Regierung neben rund 70 anderen Gesetzen auch die StPO zur Novellierung vorgelegt und dabei en passant die Tätigkeit der Geschworenengerichtbarkeit empfindlich eingeschränkt.

Zu Beginn dieses Sommers hatte der Journalist **Robert Misik** – wohl auch anlässlich der Europawahl-Desasters – der **Sozialdemokratie** in Österreich und Europa in seinem Online-Blog ein »**Wachkoma**« attestiert. Einer Einladung der ZUKUNFT folgend hat er seine **kritische Analyse und seine Lösungsansätze** nun schriftlich gefasst – und einen kontroversiellen Beitrag verfasst, der vielerlei Diskussionsanstöße liefert.

Der **Schwerpunkt dieses Heftes** geht der Frage nach, inwiefern sich angesichts umfassender staatlicher Banken- und Konjunkturpakete die **Rolle des Staates** ökonomisch und politisch **durch die Wirtschaftskrise verändert** hat. In seiner **Analyse der europäischen Bankenpakete** macht der Ökonom **Beat Weber** darauf aufmerksam, dass mit den Rettungsmaßnahmen **unterschiedliche Ziele** verfolgt wurden, die **miteinander** durchaus **im Widerspruch** stehen. Großzügige Pakete seien nicht notwendigerweise als Stärkung der Rolle der Staaten und ihrer BürgerInnen, sondern auch als Ausdruck der starken Einbindung der FinanzmarktakteurInnen zu sehen. Der deutsche Politologe **John Kannankulam** wiederum kann in seinem Beitrag keine wesentliche Neuordnung des Verhältnisses von Markt und Staat erkennen. Vielmehr

sieht er das neoliberale Paradigma des »**Strong State and the Free Economy**« ungebrochen. **Artur Streimelweger** be gibt sich im letzten Schwerpunkt-Beitrag auf die Suche nach den **Ursprüngen** des aktuell mehr denn je gehypten Begriffs der »**Sozialen Marktwirtschaft**« und findet ihn **im deutschen Neoliberalismus** der 1930er-Jahre.

Eine neue EU-Studie zu den **Auswirkungen der europaweiten Liberalisierung** öffentlicher Dienstleistungen **auf die Unternehmen** dieser Sektoren stellen **Jörg Flecker** und **Christoph Hermann** vor: **Sozialdumping statt Qualitätsverbesserung** erfordere dringend einen europaweiten Politikwechsel. **Thomas Riegler** nimmt den US-Thriller »**The International**« zum Anlass, einen vergessenen **Finanzskandal der 90er-Jahre** näher zu beleuchten und findet dabei **erschreckende Parallelen zur Gegenwart**.

Anlässlich des **70. Jahrestags des Überfalls** Nazi-Deutschlands auf Polen stellt **Florian Wenninger** die Ausstellung »**Was damals Recht war**« über die NS-Militärjustiz vor, die ab 1. September sechs Wochen lang im Theater Nestroyhof im zweiten Wiener Gemeindebezirk zu sehen ist.

In seiner **Besprechung** des Kreisky-Preisträger-Buches »**Superkapitalismus**« von Robert Reich arbeitet **Ludwig Dvořak** Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den aktuellen Polit-Bestsellern »**Postdemokratie**« von Colin Crouch und »**Gescheitert**« von Heiner Flassbeck heraus.

Und nach den Buchtipps schließt **Helene Schubert** das Heft ab und plädiert in ihrem Kommentar dafür, die generelle **Arbeitszeitverkürzung** angesichts steigender Arbeitslosigkeit auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Unsere **Bildstrecke** hat einen großen Auftritt und zeigt Mode aus längst vergangenen Tagen.

für ein leben ohne armut.



Ihre Spende hilft.

PSK 1.740.400 BLZ 60000

www.volkshilfe.at



volkshilfe. 
solidarität leben



SIRK-ECKE, 1900, MAXIMILIAN LENZ, © WIEN MUSEUM

Inhalt

6 Nützlich sein

Von Robert Misik

12 GROSSER AUFTRITT [WIEN MUSEUM](#)

14 Banken retten – wozu?

Von Beat Weber

20 Staat und Neoliberalismus – ein Widerspruch in sich?

Von John Kannankulam

27 GROSSER AUFTRITT [WIEN MUSEUM](#)

28 Soziale Marktwirtschaft – Marktwirtschaft sozial?

Von Artur Streimelweger

33 GROSSER AUFTRITT [WIEN MUSEUM](#)

34 Sozial-Dumping durch Liberalisierung

Von Jörg Flecker und Christoph Hermann

39 GROSSER AUFTRITT [WIEN MUSEUM](#)

40 »Bad Bank« – der vergessene Skandal der BCCI

Von Thomas Riegler

45 Die anderen Wehrmachtssoldaten

Von Florian Wenninger

46 Superkapitalismus, Postdemokratie, gescheitert?

Von Ludwig Dvořak

48 Buchtipps

Sachliches und Belletristisches

50 Ungleichgewichte, Verteilung und Finanzkrise

SCHLUSSWORT von Helene Schubert

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.^a Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, DSA Senad Lacevic, Mag.^a Alexandra Pernkopf, Armin Puller, MMag.^a Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ⁱⁿ Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.^a Daniela Stepp, Mag. Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Bekési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** Sommerstiefeletten, um 1870, Foto: Christin Losta, © Wien Museum

Nützlich sein

SOZIALDEMOKRATIE In seinem Video-Blog zeichnete der Journalist Robert Misik zu Beginn dieses Sommer ein kritisches Bild der SPÖ und ihres gegenwärtigen Zustandes: Der Parteiapparat schotte sich ab, talentierte junge Leute würden chronisch frustriert und wie man an den zornigen »kleinen Mann« wieder rankommen könne, dafür gebe es offenbar kein Rezept. Für die ZUKUNFT hat der Autor seinen Befund schriftlich gefasst und konkretisiert. Die positive Botschaft: Das alles könne man ändern.

Die österreichische Sozialdemokratie erhielt 24 Prozent der Wählerstimmen bei den vergangenen Wahlen zum EU-Parlament. Angesichts einer Wahlbeteiligung von knapp über vierzig Prozent heißt das: Gerade einmal jeder zehnte Wahlberechtigte hat noch für die SPÖ votiert. Ziemlich läppisch für die einst mächtige Sozialdemokratie. Nun kann man einwenden, EU-Wahlen haben ihre eigenen Gesetze.

Aber legt man die Nationalratswahl des Vorjahres zugrunde, sehen die Dinge nicht fulminant besser aus: Hier haben zwei von zehn Österreichern und Österreicherinnen die Sozialdemokratie gewählt. Es steht also offenbar nicht sehr gut um die Fähigkeit der SPÖ, Menschen an sich zu binden, ihre Stimme zu gewinnen. Von »für sich begeistern« kann ohnehin schwer die Rede sein.

Aber abseits dieser manifesten, gewissermaßen messbaren Krisensymptome gibt es noch eine Reihe weichere, schwerer zu beschreibende. So gibt es da eine gewisse Kleinmütigkeit, diese verdichtete Ahnung sozialdemokratischer Parteifunktionäre, dass man gegen den grassierenden Populismus ohnehin nicht gewinnen kann, weil gegen das Ressentiment, das der leicht ausnützt, scheinbar kein Kraut gewachsen ist. Der agiert zwar nur mit simplen Parolen, fühlt sich in diesen aber sicher, er ist gewissermaßen eins mit sich, während die Sozialdemokratie auf vieles keine Antwort hat und selbst ihre aktive Mitgliedschaft oft nicht zu überzeugen vermag. Die Slogans des Ressentiments, wie sie von »Krone« bis FPÖ geschürt werden, sind ja längst in die Parteisektionen hineingesickert, und dem wird meist begegnet, indem man kommunikativ halb nachgibt, halb dagegen hält.

Es gibt also innerhalb der Sozialdemokratie so etwas wie eine massive Überzeugungskrise, sodass der durchschnittliche sozialdemokratische Funktionär primär laviert. So nach der Art: Ja, wir wissen eh, mit den Ausländern da gibt es ein Problem, aber die Leute gegeneinander aufhetzen, das ist auch nicht gut. Zu oft schummelt man sich auf diese oder vergleichbare Weise durch, auch auf anderen Politikfeldern. Man war ein bisserl angesteckt vom marktliberalen Zeitgeist, nicht ohne bei besonderen Anlässen den Neoliberalismus zu verdammen. Man will ja nicht unmodern sein, und so preist man auch die Individualisierung, beschwört zwischendurch aber die soziale Wärme. So wissen die Leute letztendlich nicht, wofür die Sozialdemokraten stehen. Und warum? Natürlich, weil die Sozialdemokraten sehr oft selbst nicht mehr wissen, wofür sie genau stehen oder stehen sollen.

KRITIKUNFÄHIGKEIT UND IHRE URSACHEN

Wer als politischer Publizist so oder ähnlich die Lage der SPÖ analysiert, der sieht sich übrigens schnell dem Vorwurf ausgesetzt, er wolle die Sozialdemokratie nieder machen, oder er sei auf gemeine Weise einseitig oder gar, er besorge irgendwie das Geschäft der Konkurrenz. Natürlich ist das nicht der Fall, ja mehr noch: dass auf solche Weise reflexartig auf – ja: nicht einmal Kritik, sondern nüchterne Analyse des Offenkundigen – reagiert wird, ist selbst Teil des Problems. Man schließt die Augen vor der Realität, man schottet sich gegen alle und alles ab, errichtet eine Firewall, durch die nur ja keine Kritik, aber damit auch keine neuen Impulse hereinkommen.

Ich weiß sehr wohl, um nicht missverstanden zu werden, dass das menschlich sehr verständlich ist. Wer sich ohnehin stetig Kritik ausgesetzt sieht – berechtigter, überzogener, un-

gerechter oder der einfach herhalten muss für die Aversionen des zornigen Durchschnittsnormalbürgers – der fällt leicht in solche Reaktionsschemata.

Wer würde nicht die Lust verlieren, auch nur ein normales Überzeugungsgespräch mit den Leuten zu führen, wenn man von denen in zwei von drei Fällen ohnehin nur beschimpft wird? Wer, sobald er die Zeitung aufschlägt, lesen muss, er mache alles falsch, umgibt sich ganz gerne mit Schulterklopfen, die ihm eine Gegenrealität zimmern. Wer käme nicht in Versuchung, sich in solcher Lage am liebsten primär mit Leuten zu umgeben, die alles super finden, oder zumindest sagen, dass sie eh alles super finden. Man kann das durchaus verstehen, bloß macht es die Sache nur schlimmer, weil es eine Spirale in Gang setzt: Wegen der Probleme kapselt man sich ab und das Resultat sind noch mehr Probleme.

MAN KAPSELT SICH AB

Natürlich ist auch nicht alles nur hausgemacht. An einigen Aspekten der Malaise ist die Sozialdemokratie selbst schuld, manchmal ist sie aber auch nur Opfer des gesellschaftlichen Wandels und von Modernisierungsprozessen. Nehmen wir etwa die Frage, wie die Sozialdemokratie ihr Führungspersonal rekrutiert. Ohne Zweifel ist das Reservoir, aus dem die SPÖ personell schöpft, in den vergangenen Jahrzehnten deutlich kleiner geworden. Das hat mehrere Gründe. Einer ist der schon genannte: Man kapselt sich ab. Solange einem der Erfolg zuzufiegen schien, war es ja auch leichter, offen zu sein. Wenn man das Gefühl hat, dass einem der Wind ins Gesicht bläst, dann neigt man dagegen eher dazu, die Reihen zu schließen. Ist nicht klug, aber leicht erklärbar.

Da die Sozialdemokratie heute nicht gerade hip erscheint, ist es für die meisten jungen Leute auch keineswegs attraktiv, sich in oder am Rande der Sozialdemokratie zu engagieren. Spezifisch kommt hier noch dazu, dass es gerade auf der linken Seite des politischen Spektrums für irgendwie aufgeweckte, rebellische junge Leute oder Menschen, die die Welt einfach verbessern wollen, sehr viele Möglichkeiten gibt, aktiv zu werden, ohne sich lähmende Parteiapparate antun zu müssen:

Von NGOs bis kurzfristigen Internetaktivitäten, von Attac bis sonst wohin. Hier kann man protestieren und »echt« bleiben, man muss sich nicht verbiegen.

Anders als auf der konservativen Seite, wo der Weg von der Freiwilligen Feuerwehr in den Bauernbund und dann zur ÖVP oft ein sehr kurzer ist, führt auf der linken Seite zivilgesellschaftlicher Aktivismus nicht schnurstracks in Parteien – um das Mindeste zu sagen. Darunter laborieren die Grünen übrigens nicht viel weniger als die SPÖ. Hinzu kommt dann noch, dass die Aufstiegs- und »Sich-bewähren-müssen«-Rituale eines behäbigen Parteiapparats dem Taktschlag, den junge Leute heute gewohnt sind und erwarten, nicht entsprechen.

Man kommt, wenn man einigermaßen talentiert ist, in jeder Firma schneller ins gehobene Management als in der SPÖ in irgendeine relevante Position. Das führt dann automatisch zu Negativauslese. Das ist sicher etwas grob gesprochen und ich stehe nicht an, zu sagen »Gepriesen seien die Ausnahmen!«, aber machen wir uns nichts vor: die Ochsentour tun sich in aller Regel die an, die anderswo keine großen Alternativen haben oder denen es an Biss fehlt, so dass es sie nicht weiter stört, zehn Jahre ohne große Ergebnisse herumzuführen.

Die Talentierten gehen auf solche Art aber beinahe logischerweise verloren. Zumal, wenn junge Leute, die auch schon mal ein kritisches Wort gegen die Parteispitze erheben, gemobbt werden: Dann bleiben, spätestens wenn der Übertritt von SJ oder VSSStÖ in die Partei fällig wäre, nur mehr die braven Ja-Sager übrig, die, was immer man sonst noch über sie Kritisches zu sagen hätte, vor allem nie gelernt haben, eine Position auch im Gegenwind zu vertreten, zu verteidigen, ja durchzukämpfen. Auch das nimmt dann übrigens schnell die Dynamik einer Negativspirale an: Weil Niedergang die Folge ist, gibt es weniger Posten und Mandate zu verteilen und die paar klugen, talentierten jungen Leute kommen noch langsamer voran, weil Altfunktionäre die Plätze okkupiert halten.

Alles zusammen, also die lange Aufstiegsdauer, die innerparteilichen Rituale (Charaktereigenschaften, die nützen, hier

hochzukommen, sind nicht die Charaktereigenschaften, die man braucht, um bei den Wählern anzukommen), und die Abschottungspolitik, führen dann auch noch dazu, dass diejenigen, die durch diesen Prozess durchgehen, ins Parteisoldatische hingebogen werden, sofern sie nicht beinahe übermenschliche Kräfte besitzen, die das verhindern. Man taktiert sich so lange durch den Sitzungsdschungel, bis man kaum mehr in der Lage ist, einen untaktischen Satz zu sagen, mithin: so zu reden, dass einem die Leute auch verstehen.

REPRÄSENTATIONSPROBLEME

Ich weiß schon: All das ist kein speziell österreichisches Problem und es ist nicht ein Problem der Sozialdemokratie alleine. Die klassischen Volksparteien sind durchwegs in der Krise, weil sowohl Ideologie als auch Tradition und soziale Lebenswelten ihre Bindewirkungen verloren haben und weil es heute nicht mehr nur drei, vier große, relativ homogene Milieus in einer Bevölkerung gibt, sondern viele, viele Submilieus, die sich durch Job, Lebenslage, Alter, Lifestyle und unzähliges weitere unterscheiden. Viele differente Milieus lassen sich nicht so einfach repräsentieren wie früher.

Die Schwierigkeiten der Sozialdemokratien sind in Europa in nahezu jedem Land ähnliche. Das ist nicht zuletzt auch eine Folge jener »Modernisierung«, der die sozialdemokratischen Parteien in den vergangenen Jahren unterzogen wurden. Flexibilität der Arbeitswelt, das Loblied auf die Effizienz freier Märkte und auf den schlanken Staat haben sich auch die Sozialdemokraten antrainiert. Ihr Spitzenpersonal versuchte, »modern« zu wirken, und das war gestisch oft nicht mehr vom Habitus der globalen »Winner Classes« zu unterscheiden.

Gerade die Verlierer und »kleinen Leute«, die Turbokapitalismus und beschleunigte Modernisierung in soziale Bedrängnis brachten oder zumindest unter Stress setzten, fühlten sich von einer solchen Sozialdemokratie nicht mehr repräsentiert. Ja, sie fühlten sich von überhaupt niemandem mehr repräsentiert, was ihren Zorn und ihr Gefühl, dass sich für sie ohnehin

niemand einsetzt, ja, dass ihnen überhaupt niemand zuhört, noch verstärkte. Sie sind ein fruchtbarer Humus für Populisten, nicht nur in Österreich. Und wenn die Sozialdemokratien angesichts der globalen Finanzkrise beginnen, andere Töne anzuschlagen und leise umzusteuern, ist das längst kein Königsweg mehr zum Erfolg. Wer einmal verloren gegangen ist, ist schwer zurück zu holen, zudem fördern Kurswechsel natürlich keineswegs die Glaubwürdigkeit – auch notwendige Kurswechsel nicht. Im Gegenteil: Wer heute etwas anderes sagt als gestern, dem glaubt man erstmals eher nicht – selbst in dem Fall nicht, dass er heute das Richtige sagt.

KONZEPTLOSIGKEIT

Aber auch, wenn das die Dilemmata aller europäischer Sozialdemokraten sind, dann hat die SPÖ all diese Probleme auch – und noch ein paar eigene dazu. Stellen wir uns vor, wir fragen einen durchschnittlichen SPÖ-Spitzenfunktionär, wofür die Sozialdemokratie denn heute positiv steht und worin sie sich denn signifikant von anderen politischen Kräften unterscheidet? Wie er sich denn vorstellt, dass unser Land in Jahr 2020 aussehen soll?

Die allermeisten hätten verdammt große Schwierigkeiten damit. Schnell würden sie wahrscheinlich sagen, dass die Sozialdemokratie entschieden gegen die xenophobe Hetze der Rechtsradikalen ist. Prima, jetzt wissen wir, wogegen sie ist (und selbst da kann man sich über das »entschieden« nicht sicher sein, wenn der Gegenwind der »Krone« zu stark wird). Aber wofür? Keine Ahnung. Dass so viele einfach nicht einmal mehr wissen, wofür sie stehen sollen, ist lange Zeit den meisten nicht einmal als Manko aufgefallen.

Mit einigermaßen durchdachten Konzepten kann man in Österreich angesichts der Medienlage ohnehin nicht punkten (was im Umkehrschluss übrigens heißt, dass undurchdachte Konzepte keineswegs zerpflückt werden hierzulande), als viel wichtiger erachtete man, über »Medienarbeit« kurzfristige Stimmungen – im wesentlichen über ORF und zeitungs-

ähnliche Produkte wie »Krone«, »Heute« und »Österreich« – produzieren zu können, die am Wahltag dazu führen, dass man immer noch zwei Prozent vor der Konkurrenz liegt. Das »funktioniert« sogar, zumal wenn man es mit einer Prise *Negative Campaigning* anreichert, wenn man unter »funktionieren« versteht, dass man auch als Sieger aus einer Wahl hervorgehen kann, wenn man auf 29 Prozent abstürzt, sofern alle anderen noch weniger Zustimmung erhalten. Freilich, strategische Mehrheiten sind so nicht zu gewinnen.

Das Resultat ist eine innere Sklerose – nicht nur der Partei, sondern des gesamten demokratischen Prozesses. Es gibt zwar Wahlen, aber ein gefährlich hoher Anteil der Bürger hat das Gefühl, dass sie das nichts angeht, dass sie das abstößt, oder gar, dass sie »denen« bei allen möglichen Gelegenheiten einen Denkkzettel verpassen müssen. An diese Leute kommt man kaum mehr heran, und schon gar nicht mit »medialen Kommunikationsstrategien«, denn die Medien, über die man diese erreichen würde, sind ja Teil des Problems und nicht der Lösung. Sie stimmen das Land auf den Grundton, der es den Populisten so einfach macht, sie für sich zu gewinnen, selbst wenn diese Medien die Populisten gar nicht in einem engen Sinne unterstützen. Es gilt hier auf spezifische Art: Das Medium ist die *Message*.

SKIZZEN EINES AUSWEGS

Und gibt es aus all dem einen Ausweg? Ja, ich denke doch. Die Sozialdemokratie benötigt eine politische Programmatik und Konzepte, und sie muss sie so vertreten, dass die Leute merken: Die meinen das ernst und glauben daran, die wollen uns nicht bloß häppchenweise doofe Slogans verkaufen. So kompliziert das klingt: Das ist wahrscheinlich noch die einfachste Seite der Chose. Denn eigentlich weiß, wer sich einigermaßen mit den Dingen beschäftigt, wie ein robuster Sozialstaat, eine soziale Marktwirtschaft, die möglichst vielen Menschen Teilhabe ermöglicht, ein gerechteres Steuersystem, eine engagierte Bildungspolitik, eine zukunftsfähige Familienpolitik und eine vernünftige Integrationspolitik in etwa auszusehen hätte.

Würde man die nötigen Maßnahmen setzen, wären nicht alle Probleme gelöst und auch nicht von heute auf morgen, aber sehr viele Probleme wären innerhalb von einer Generation, also etwa von 15 Jahren, entschärft.

Die sachliche Seite ist also kurioserweise nicht so sehr das Problem, das Problem besteht eher darin, wie man Mehrheiten dafür organisiert und erkämpft. Und das tut man sicher nicht, indem man sich einbunkert und den Leuten Versprechungen macht, an die sie selbst nicht mehr glauben (was dann die eigene Glaubwürdigkeit noch mehr untergräbt). Um das an einem Beispiel zu sagen: Man wird, wenn man die staatliche Rente garantieren und die Sozialsysteme leistungsfähig halten will, um eine Anhebung des Pensionsalters nicht umhin kommen. Dass der Kapitalmarkt auf miraculöse Weise die Demografie überlistet, das haben die Grassers zwar den Leuten eingeredet, nur, heute weiß der Letzte, dass das Wunschdenken war.

NÜTZLICH UND SOZIAL GERECHT

Aber eine Erhöhung des Rentenantrittsalters ist ja auch kein Problem – wer will denn schon mit 65 in Rente gehen, wenn er oder sie noch frisch und gesund ist? –, sofern es für die Leute genügend gute und erfüllende Jobs gibt. Und wenn die Jungen allesamt so gut wie nur möglich ausgebildet sind, wird auch die Wirtschaftsleistung so sein, dass wir uns das leisten können (nicht allerdings, wenn wir akzeptieren, dass sechs, sieben, oder zehn Prozent jeder Generation – vor allem Migranten – ohne Schulabschluss und mit eklatanten Bildungsmängel auf den Arbeitsmarkt geworfen werden). Mehr und sicherer Wohlstand für alle ist möglich, wenn man eine kluge Sozialpolitik macht, was heißt, wenn man in die Menschen – modern gesprochen: in Humankapital – investiert. Das ist nützlich für uns alle – und zudem auch noch sozial gerecht.

Und eine solche kluge Politik fängt bei Babys an. Denn wer mit sechs Jahren kognitive Mängel kumuliert hat und das erst in der Schule auffällt, der ist ein geborener Verlierer. Wenn also ein paar wesentliche Parameter erfüllt sind, dann ist es

vernünftig, das Rentenaltersalter zu erhöhen. Das soll man den Leuten aber auch offen sagen – und nicht rumdrücken, weil man Angst hat, die Stammklientel der Alten könnte darauf verunsichert reagieren. Realismus steigert nämlich auch die Glaubwürdigkeit und mit Ernsthaftigkeit gewinnt man Leute eher als mit rosarot gefärbten *Good News*, die einem ohnehin niemand abnimmt.

DIE SOZIALE DIMENSION DER PARTEIARBEIT

Noch wichtiger als die konzeptionelle oder programmatische Dimension ist aber womöglich die der sozialen Integration. Früher leistete die Sozialdemokratie soziale Integration – man könnte beinahe sagen: Sozialarbeit – über ihre Vorfeldorganisationen, über ihre Präsenz vor Ort, im Gemeindebau, durch die Sektionen. Das funktioniert heute nicht mehr. In den Gemeindebauten, in unterprivilegierten Wohngebieten, gibt es heute einen »Kampf der Kulturen«, relative »Etablierte« (die autochthonen sozial Schwachen) stehen »Außenseitern« (der immigrierten Unterschicht) gegenüber.

Im Wesentlichen sind es städtische Behörden, die mit den Problemen umzugehen versuchen, die daraus entstehen. Und Behörden sind, mögen sie auf noch so sanften, bürgernahen Pfoten daher kommen, immer: Obrigkeit, Staat, »die da Oben, die uns da Unten was erklären wollen«.

Daneben gibt es noch die Parteiorganisationen – Sektionen, Bezirkspartei etc. Kaum jemand will sich hier engagieren, weil sich eben kaum jemand in einer Partei organisieren will. So führen die Sektionen ihre Schattenexistenz, sind auf das Binnenleben der Partei orientiert. *That's it.*

Aber jetzt stellen wir uns vor, die Sektionen verstünden sich als Zentren dessen, was man in den USA »Community Organising« nennt, diese Mischung aus ehrenamtlicher Tätigkeit, zivilgesellschaftlichem Engagements und Sozialarbeit. Stellen wir uns vor, sie würden auch das »Partei-Label« nicht besonders hervorkehren, sondern sie würden einfach Dinge

tun, die von sehr vielen Leuten als nützlich angesehen werden – und zwar nicht nur von den betroffenen, sozial bedrängten Randgruppen, sondern auch von Bürgern, die das Geschick ihrer Mitbürger nicht kalt lässt und die auch ein persönliches Interesse daran haben, dass die sozialen Probleme in ihren Vierteln nicht zu groß werden.

Stellen wir uns vor, diese Bürger, die keineswegs Sozialdemokraten sein müssen, machen dann hier mit, weil sie gerne bei etwas mitmachen, das sie als nützlich und wichtig erachten (und weil es sie nicht stört, dass das eine Partei ist, die das Nützliche macht, sofern nur etwas wirklich Nützliches gemacht wird). Selbstverständlich müssten die Parteimitglieder hier etwas lernen: dass die Parteiorganisation nicht in erster Linie für die Partei da ist, dass ihre erste Aufgabe nicht das Werben für die Partei ist und dass die alten Spielchen, das Markieren von Macht, die Leute nur abschrecken und exakt nichts bringen.

Aber die Parteimitglieder hätten auch etwas davon: Sie wären wieder respektiert. Ihr Kontakt mit den Leuten würde sich nicht mehr darauf beschränken, dass sie für hundert Dinge beschimpft werden, für die sie gar nichts können. Sie würden sogar Leute für sich gewinnen, ohne dass sie extra »Wahlwerbung« in irgendeinem klassischen Sinn betreiben müssten. Sie würden schließlich, was ja auch keine Kleinigkeit ist, das Sinnvollste tun, was man heute überhaupt tun kann.

Und man wäre irgendwann mal möglicherweise wieder da, wo man schon einmal war, aber nur auf moderne Weise: Man kommuniziert direkt mit den Leuten, man kann sie im direkten Gespräch gewinnen und man hätte wieder Multiplikatoren, also zentrale Figuren in sozialen Milieus, die prägen, wie gesprochen und wie gedacht wird im Viertel, im Straßenzug, im Block.

Man hätte sich zumindest ein klein wenig frei gespielt von dem Zwang, seine Botschaft soundbiteförmig über Medien

transportieren zu müssen, die immer selbst bestimmen, welche Botschaft beim Empfänger ankommt – und auf welche Weise sie beim Empfänger ankommt.

Dies ist nur ein Beispiel, wie Dinge funktionieren könnten. Das Land ist nicht einfach auf einer schiefen Bahn. Es ist nicht so, dass man nicht gegensteuern könnte. Man kann. Wahrscheinlich in sehr vielen Bereichen. Und man muss nur eines tun: Beginnen, die Dinge anders zu tun, als man sie bisher gemacht hat. ●

ROBERT MISIK

ist Journalist und Sachbuchautor und lebt in Wien. Seine Kolumnen erscheinen regelmäßig in der Tageszeitung »Der Standard«, der Wiener Wochenzeitung »Falter« und der Berliner TAZ. Sein zuletzt erschienenes Buch »Politik der Paranoia – gegen die neuen Konservativen« ist im Jänner 2009 im Aufbau-Verlag erschienen.

Robert Misik

POLITIK DER PARANOIA

Gegen die neuen Konservativen

Aufbau-Verlag

202 Seiten

17,95 Euro



Die neuen Konservativen verlangen seit langem »weniger Staat«, zumindest in der Wirtschaft; wenn es um die Bespitzelung der Bürger geht, sehen sie das nicht so eng. Sie haben die Finanzströme dereguliert und warnen auch nach dem Totalcrash vor »zu viel Intervention«. Die Sozialsysteme betrachten sie als unmoralisch, weil die Faulen dadurch belohnt werden. Ihr Herz gehört den Tüchtigen. Sie haben das Privatfernsehen eingeführt, jetzt monieren sie den Kulturverfall. Sie halten die Familie hoch, doch durch türkische Großfamilien droht angeblich der Untergang des Abendlandes. Misiks Plädoyer für linke Werte zeigt, dass eine moderne Politik der sozialen Gerechtigkeit den konservativen Konzepten überlegen ist.



GROSSER

Als sich die mondäne Wiener Gesellschaft in der Ringstraßenzeit neu ausstaffierte, standen Eleganz und Opulenz auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Modetrends haben im Wien Museum ihren großen Auftritt: Extravagante Ballkleider und exaltierte Hüte, Brautkleider und Trauerroben, Korsett und Stiefelette, Trotteurkostüm und Stadtpelz. Aber auch Skihose, Reitkostüm oder Tennisdress sind vertreten. Denn modernes Freizeitverhalten lockerte die strenge Etikette und brachte den Frauen ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit. Auch das Schönheitsideal veränderte sich – von der Wespentaille hin zum »gesunden« Reformkleid, auch wenn die Widerstände dagegen enorm waren.

AUFTRIIT

WIEN MUSEUM KARLSPLATZ

A-1040 Wien, Karlsplatz

Telefon: +43 1 505 87 47-0

office@wienmuseum.at

wienmuseum.at

Dienstag bis Sonntag & Feiertag:

9.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Geschlossen: 1.1., 1.5. und 25.12.

Banken retten – wozu?

SCHWERPUNKT Mit der Bankenkrise im Herbst 2008 war der Staat mit seinen Rettungspaketen als allgemein akzeptierter Akteur des Wirtschaftslebens ins mediale Scheinwerferlicht gerückt. Beat Weber untersucht ein Jahr später Zielkonflikte und Rahmenbedingungen der Bankenhilfe. Er argumentiert, warum es volkswirtschaftlich vernünftiger wäre, mit »good banks« aktuelle und künftige Kunden zu schützen als mit »bad banks« Aktionäre und Gläubiger, und fordert einschneidende Maßnahmen für eine strikte Regulierung des Bankensektors. .

Im Oktober 2008 war Feuer am Dach: Nach der Pleite des US-Finanzhauses Lehmann Brothers breitete sich große Verunsicherung an den globalen Finanzmärkten aus. Hatte man Wochen zuvor nicht ohne Häme von Europa nach den USA geblickt, mit dem Gefühl, dank einer verantwortungsvolleren Gebarung von der Krise wenig betroffen zu sein, änderte sich nun schlagartig die Stimmung.

Die Finanzkrise war nun nach Europa geschwappt, Bankaktien gerieten unter Druck und Zwischenbankmärkte trockneten vorübergehend aus. In dieser Situation mutierte die wirtschaftliche Krise auch zu einer politischen Krise der EU. Die Einigung auf ein gemeinsames Rettungspaket misslang. Stattdessen gab es bloß eine Einigung auf die Anhebung der Einlagensicherung auf ein Mindestniveau von 50.000 Euro, und einen allgemeinen Rahmen, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten unterschiedlich hohe Summen für Garantien von Bankanleihen und Rekapitalisierungen aufboten.

WOZU BANKEN RETTEN?

Die öffentliche Erklärung, keine Bank untergehen zu lassen, unterstützt von der Anhebung der Einlagensicherung (in Staaten wie Österreich sogar auf unbegrenzte Höhe) wirkte beruhigend und trug dazu bei, einen Ansturm ängstlicher SparerInnen auf die Banken zu verhindern. In dem Bemühen, schnell zu retten, wurde allzu selten thematisiert, dass Bankenrettungsmaßnahmen mit schwerwiegenden Zielkonflikten einhergehen. Die Erklärung der Mitglieder des Euroraums vom 12. Oktober 2008 nennt:

– Betriebswirtschaftliche Zielsetzungen (Verhinderung des

Zusammenbruchs von Banken)

– Volkswirtschaftliche Zielsetzungen (Sicherung der Finanzmarktstabilität durch Abwehr von Dominoeffekten infolge des Zusammenbruchs einzelner Banken, Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft)

– Fiskalische Zielsetzungen (Beachtung der Interessen der Steuern zahlenden Bevölkerung)

– Langfristige Finanzmarktstabilität (Verhinderung von falschen Anreizen, z. B. dass Bankenhilfen als Signal interpretiert werden, dass in Zukunft alle Banken gerettet werden, egal was sie tun)

– Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen (Verhinderung dass durch Bankenhilfen unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerberinnen entstehen)

ZIELKONFLIKTE

Im Sinne der kurzfristigen Finanzmarktstabilisierung und betriebswirtschaftlicher Ziele wären großzügige Bankenpakete zu befürworten: Hohe Summen, die ohne einschränkende Auflagen gewährt werden. Aus Sicht des Budgets und Interessen der Steuern zahlenden Bevölkerung hingegen wären sparsame Summen und Auflagen angezeigt, die eine attraktive Verzinsung der Hilfsmaßnahmen vorschreiben. Auch im Sinne der langfristigen Finanzmarktstabilität wäre es notwendig, Bankenpakete klein zu halten und nur unter strikten Bedingungen zu vergeben. Auflagen wie Begrenzung von Gehältern, Verbot der Dividendenausschüttung, Verpflichtung zur Umschuldung notleidender Kredite, staatliche Mitsprache bei der Geschäftsführung sichern zum Teil direkt die Erreichung aktueller volkswirtschaftlicher Zielsetzungen, und haben auch

den Charakter einer Abschreckungsmaßnahme: Solche Unannehmlichkeiten sollen einen Anreiz für Banken bieten, künftig so vorsichtig Geschäftspolitik zu betreiben, dass staatliche Unterstützungen nicht mehr notwendig werden. Viele dieser Auflagen machen Banken freilich auch für neue AktionärInnen unattraktiv, weshalb sie in Konflikt mit einer Auslegung des Ziels von Finanzmarktstabilität stehen, das darunter eine schnelle Rückkehr zu Marktfinanzierung der Banken versteht.

Weitere Zielkonflikte ergeben sich zwischen der Stabilisierung nationaler Finanzmärkte und der Sicherung von Wettbewerbsgleichheit: Sowohl gegenüber nicht unterstützten Banken als auch gegenüber Banken im Ausland, die von ihren Heimatstaaten weniger generös unterstützt werden, haben Banken mit großzügiger Staatsunterstützung einen Vorteil. Um dieses Ziel zu sichern, sind Mitgliedstaaten verpflichtet, Bankenrettungspakete bei der EU-Kommission bewilligen zu lassen, die sie auf Verträglichkeit mit einem ausgeglichenen Wettbewerbsumfeld prüft.

Auch innerhalb volkswirtschaftlicher Zielsetzungen gibt es einen Konflikt: Der Abbau der in vielen Fällen allzu großen Überschuldung des Bankensektors würde der Sicherung der Finanzstabilität beitragen, würde aber dem Wunsch der Wirtschaft entgegenstehen, dass Banken ihre Kreditvergabe nicht einschränken.

GROSSE UND KLEINE RETTER

Wie diese Zielkonflikte zu lösen sind, ist auf EU-Ebene nicht eindeutig verankert. EU-Kommission und die im Eurosystem versammelten Zentralbanken haben Richtlinien für die Höhe der Zinsen erarbeitet, die Mitgliedstaaten von Banken für staatliche Unterstützung verlangen müssen. Auch Rückzahlungsmodalitäten und Auflagen für Gehälter, Dividenden und Geschäftspolitik sind vorgesehen, allerdings gibt es dazu keine konkreten Richtlinien. Mitgliedstaaten haben also einen beträchtlichen Spielraum, um zu entscheiden, welchen Zielen

sie den Vorzug geben. Dies schlägt sich in der Ausgestaltung der Bankenpakete deutlich nieder. Ein erster Überblick zeigt, dass es beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Größe der Bankenpakete gibt. (Grafik 1)

INTRANSPARENTE BEDINGUNGEN

Wie sieht es mit den Bedingungen aus, die mit der Staatshilfe verknüpft sind? Auf Basis vorliegender Informationen sind Aussagen schwer zu treffen. Informationen über die Bedingungen liegen oft nicht vor, oder sind unverlässlich, außerdem schwer zu vergleichen. Es gibt anekdotische Evidenz: Aus Zeitungsberichten ist bekannt, dass die von den unterstützten Banken in Großbritannien geforderte Verzinsung von Staatshilfe höher lag als in vielen anderen Mitgliedstaaten. Es ist bekannt, dass die schwedische Regierung anfänglich strenge Bedingungen für Staatshilfe vorsah, die sie nach anhaltendem Druck der heimischen Banken schließlich etwas abmildern musste. Auch Dänemark hat anfänglich eine starke Beteiligung der Bankenindustrie an einem Rettungsfonds vorgesehen, und die Marktcompatibilität dieses Ansatzes betont, musste jedoch im Lauf der Krisenentwicklung davon abrücken. Von Deutschland, Frankreich und Österreich ist bekannt, dass die Kommission die von den Mitgliedstaaten anfänglich vorgesehenen Bedingungen als zu generös betrachtete. Einen Überblick über eine Rangordnung unter den Mitgliedstaaten erlaubt das jedoch nicht.

Eine Möglichkeit, Hinweise auf die Rangordnung der Pläne der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Strenge der Bedingungen zu erhalten, bietet das Genehmigungsverfahren der EU-Kommission. Die Kommission positionierte sich als Verfechterin des Ziels der Wettbewerbsgleichheit und forderte strenge Auflagen. Während der Bewilligungsverfahren stand sie unter Druck, vorgelegte Hilfspakete schnell zu bewilligen, da in der Krise schnelles Handeln geboten war. Deshalb ist davon auszugehen, dass unterschiedlich lange Zeiträume zwischen Antrag und Bewilligung sich aus Zeitbedarf für Verhandlungen über strittige Punkte der Ausgestaltung und Nachforde-

rungen fehlender Informationen ergeben (und nicht etwa auf Zufälle, Urlaube und sonstige bürokratieinterne Besonderheiten zurückzuführen sind). Die oben genannten Informationen über Einzelfälle passen jedenfalls gut ins Bild, wenn wir aus der Anzahl der Tage, die die Bewilligung durch die Kommission gebraucht hat, eine Rangliste unter den Mitgliedstaaten erstellen. (Grafik 2)

Wir sehen also beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sowohl was die Größe der Bankenpakete, als auch der Bedingungen, die die Mitgliedstaaten damit verknüpfen wollten, zumindest bis die Kommission sich einschaltete. Unter politischen und analytischen Gesichtspunkten sind diese Unterschiede (auch wenn die Bedingungen durch die Kommission letztlich vereinheitlicht worden sein sollten) hochinteressant. Es stellt sich die Frage: Wodurch sind diese Unterschiede bedingt? Schließlich gab es eine weltweite Krise, die mehr oder weniger alle betroffen hat.

STRENGE UND GUTMÜTIGE VERHANDLER

Aus der wissenschaftlichen Literatur bieten sich drei Arten von Erklärungen an: ökonomische, institutionelle und politische Faktoren.

Ökonomische Faktoren sind vielleicht die naheliegendste Erklärungskandidaten: Eine ökonomische Erklärung würde unterschiedliche Größe bzw. Krisenbetroffenheit der Bankensektoren in den verschiedenen Mitgliedstaaten sowie den budgetären Spielraum der Mitgliedstaaten als Ursache für die unterschiedliche Größe der Bankenpakete vermuten.

Institutionalistische Ansätze in der vergleichenden Politikwissenschaft haben im Forschungsprogramm des »Varieties of Capitalism«-Ansatz und seiner Vorgänger betont, dass es verschiedene Typen von Kapitalismus gibt, die unterschiedlich auf Krisen reagieren. Im Kern unterscheiden sich die Typen durch einen jeweils dominierenden »Koordinationstyp«: In liberalen Marktwirtschaften (in Westeuropa: Irland und UK) ist der

Markt das wichtigste Koordinationsinstrument. In koordinierten Marktwirtschaften (in Westeuropa: Skandinavische Länder, Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Slowenien) sind korporatistische Absprachen ein zentrales Koordinationsinstrument. In gemischten Marktwirtschaften (in Westeuropa: Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) spielt der Staat eine wichtige Rolle zum Ausgleich von Schwächen anderer Koordinationsinstrumente.

Die Stärke des »Varieties of Capitalism«-Ansatz rührt vor allem von seiner Fähigkeit zur Bereitstellung interessanter Hypothesen her. So gibt es in Bezug auf Budgetpolitik die Hypothese, dass Regierungen in liberalen Marktwirtschaften eher geneigt sind, expansive Makro-Politik zu fahren, um einer Krise gegenzusteuern, weil ein Majoritätswahlrecht und zersplitterte Interessengruppen der Regierung den Spielraum einräumen, im Aufschwung die Expansion wieder zurückzunehmen. In koordinierten Marktwirtschaften hingegen sei das Verhältniswahlrecht und die damit verbundene Tendenz zu Koalitionsregierungen sowie die starke Rolle von großen Interessenverbänden ein Hindernis gegen ein Zurückfahren von Budgetdefiziten im Aufschwung, weshalb Regierungen von Anfang an, also noch in der Krise, zögerlich seien, sich auf eine Budgetexpansion einzulassen. In Analogiebildung zu unserem Fall könnte man demnach erwarten, dass koordinierte Marktwirtschaften kleinere Bankenpakete haben als liberale Marktwirtschaften.

Schließlich kommen noch politische Erklärungen infrage. Die vergleichende politische Ökonomie hat viel zu der Frage geforscht, ob politischen Parteien eine konsistente Präferenz für eine bestimmte Art der Budgetpolitik zu eigen ist. Ob Sozialdemokraten tatsächlich eher expansiv und Konservative eher restriktiv sind, wie vielfach angenommen, ist allerdings empirisch umstritten. Mögliche weitere politische Erklärungskandidaten sind Lobbying von Banken bei der Regierung und das Ausmaß von sozialen Konflikten in einer Gesellschaft – ein hohes Ausmaß von Konflikten wird Regierungen eher davon

abhalten, anstößig generöse Staatshilfen an Banken zu vergeben, so unsere Vermutung.

Eine statistische Untersuchung der genannten Faktoren zeigt, dass Bankenpakete in der Tat mit ökonomischen Faktoren zusammenhängen. Länder mit kleinen Bankenpaketen haben einen beschränkten fiskalischen Spielraum, sei es in Form geringer Kreditwürdigkeit, sei es in Form einer besonderen Vorsicht angesichts einer nationalen Wechselkurspolitik außerhalb des Euros. Auch gibt es einen Zusammenhang zwischen der Größe von Bankenpaketen und Näherungsindikatoren für Größe des Bankensektors und Ausmaß der Probleme in diesem Bereich: In Ländern mit kleinen Bankenpaketen sind auch vergleichsweise kleine Bankensektoren zu Hause, und die Aktien der Banken sind in der Krise vergleichsweise wenig unter Druck gekommen. Gleichzeitig sind sie auch vergleichsweise weniger stark verschuldet als Banken in anderen Staaten.

Auch politisch-institutionelle Faktoren spielen eine Rolle. Die Erwartung, dass Koalitionsregierungen größere Bankenrettungspakete anbieten, bestätigt sich. Hingegen gibt es keinen starken Zusammenhang zwischen Koordinationstyp und Bankenpaketgröße.

BANKENFREUNDLICHE SOZIALDEMOKRATIE?

Weniger erfolgreich sind die Erklärungsansätze bei der Forschung nach Ursachen für die unterschiedliche Generösität der Bedingungen, die mit den Bankenpaketen verknüpft sind. Weder ökonomische noch institutionelle Faktoren zeigen einen statistisch signifikanten Zusammenhang zu unserem Indikator. Nur ein Faktor bewährt sich in dieser Hinsicht: Die politische Zusammensetzung der Regierung. Das überraschende Ergebnis unserer statistischen Tests ist, dass sozialdemokratische Regierungsbeteiligung tendenziell mit weniger strengen Bedingungen für die Staatshilfe einherging (zumindest bis zu dem Zeitpunkt, als die EU-Kommission einschritt und strengere Auflagen verlangte), wenn man unseren Bewilligungsdauer-

Indikator als aussagekräftig anerkennt. SP-Regierungen haben also tendenziell den Zielen der kurzfristigen Finanzmarktstabilität und Sicherung der Kreditvergabe eine höhere Priorität eingeräumt als der Sicherung der Steuerzahler-Interessen und langfristiger Anreizsicherung im Finanzsystem.

»GUTE« UND »SCHLECHTE« BANKEN

Die erste Welle der Rettungspakete vom Herbst 2008 umfasste vor allem Garantien und Rekapitalisierungsmaßnahmen für Banken. Damit wurde die unmittelbare Gefahr eines Zusammenbruchs des Finanzsystems verhindert. In den letzten Monaten wandte sich die Aufmerksamkeit zunehmend dem Problem des »Giftmülls« in den Bankbilanzen zu. Dort liegen zum Teil große Positionen von Wertpapieren, die entweder seit Krisenbeginn unverkäuflich sind (dubiose Derivate, deren Basis mit den geplatzten Immobiliengeschäften weggebrochen ist, und die nie wieder an Wert gewinnen werden) oder im Zuge des Krisenverlaufs zunehmend an Wert verlieren (Kredite von krisengeschüttelten Schuldnern und darauf aufbauende Wertpapiere). Ihr Marktwert sinkt zum Teil dramatisch, deshalb müssten die Banken immer höhere Abschreibungen machen, und brauchen im Gegenzug neues Eigenkapital. Eine solche Entwicklung bremst die Vergabe von neuen Krediten, was wiederum schlecht für den Rest der Wirtschaft ist, der auf Kredite angewiesen ist.

Deshalb gewinnt das Konzept einer »bad bank« an Terrain: Eine Agentur soll die faulen Wertpapiere übernehmen, damit sie nicht länger die Bilanzen der Banken belasten. Die entscheidende Frage lautet: Wer trägt die Verluste letztendlich?

Wenn es nach betriebswirtschaftlichen Zielen, also den Eigeninteressen der Banken ginge, würde ihnen der Staat die problembehafteten Wertpapiere zum Nennwert abkaufen. Dieses Modell würde sämtliche Verluste den SteuerzahlerInnen aufbürden, also fiskalische Zielsetzungen ignorieren. Und es würde die langfristige Finanzmarktstabilität unterminieren, durch Setzung fataler Anreize für die Zukunft: Banken hätten

damit Anlass zu glauben, dass in Zukunft immer ein komfortables staatliches Auffangnetz bereitsteht, und deshalb wenig Anreiz, Fehler und exzessive Risiken zu vermeiden.

Deshalb sind die Bedingungen für die Auslagerung heftig umstritten: Die Form der staatlichen Beteiligung (Garantie oder Ankauf), die Preisabschläge für den Abkauf der Wertpapiere durch den Staat; die Gebühren, die für die Auslagerung zu zahlen sind; der Zeitraum der Abrechnung.

VERSTAATLICHUNG

In einigen Staaten sind bereits konkrete Modelle umgesetzt: In den USA sollen unter Beteiligung privater Investoren Schrottpapiere von bis zu 500 Mrd. Dollar gekauft und anschließend verwertet werden. In Großbritannien und Niederlanden können Banken eine staatliche Versicherung gegen Verluste aus problembehafteten Wertpapieren abschließen. In Deutschland können Papiere mit einem Abschlag von 10% vom Buchwert ausgelagert werden, wo sie über 20 Jahre gewinnbringend zu verwerten versucht werden. Auch Irland hat eine Agentur gegründet, die faule Wertpapiere aufkaufen soll.

Kritische Stimmen befürworten »bad banks« unter der Voraussetzung, dass die betreffenden Banken vorher verstaatlicht werden. Wenn der Staat sowohl Eigentümer als auch Retter der Bank ist, dann besteht weniger Anreiz des Eigentümers, den Retter übers Ohr zu hauen, etwa durch den Versuch, ihm überbewertete Wertpapiere anzudrehen. Dies gilt als der wichtigste Faktor für den Erfolg des Schwedischen »bad bank«-Modells in der Finanzkrise der frühen 90er, deren Bewältigung vielfach als Vorbild für die aktuelle Krise gehandelt wird.

Als Alternative im Sinne fiskalischer Zielsetzungen und langfristiger Finanzmarktstabilität haben Akademiker wie Willem Buiter, Paul Romer, George Soros und Joseph Stiglitz die Idee einer »good bank« lanciert. Demnach soll für jede Bank, die nach eingehender Prüfung als nicht überlebensfähig gilt, eine »good bank« gegründet werden. Diese soll aus

öffentlichen und/oder privaten Quellen mit Kapital versorgt werden und die Kundeneinlagen der alten Bank übernehmen. Sie könnte auch gute Wertpapiere der alten Bank ankaufen. Der gesamte Wertpapier-»Giftmüll« würde in der alten Bank verbleiben. Diese würde ihre Banklizenz verlieren und keine weitere Unterstützung erhalten. Ihr einziger Zweck wäre die Verwaltung der schlechten Wertpapiere zugunsten der Aktionäre. Wenn sie pleite geht, würde sie abgewickelt werden, und die Aktionäre und Gläubiger würden Geld verlieren.

In Österreich wird die »austria wirtschaftsservice« (aws) als Teilversion einer solchen »good bank« (eine neue Kreditvergabeinstitution, aber ohne jeden Bezug zu einer problembehafteten alten Bank) gehandelt. Im Zuge der Krise gab es im Frühjahr 2009 Pläne, die staatliche Förderbank zu einer echten Bank zu erweitern, also ihr die Möglichkeit einzuräumen, nicht nur Garantien für Bankkredite, sondern selbst Kredite vergeben zu können. Dies würde vor allem kleineren Unternehmen zugute kommen, die von der Verschärfung der Kreditbedingungen im Zuge der Krise betroffen sind. Die Banken sind von der Aussicht auf einen Konkurrenten jedoch wenig angetan. Bei Redaktionsschluss stand die Zustimmung des Finanzministeriums aus.

Das Hauptargument für eine »good bank«-Konstruktion: Im Sinne der Erfüllung volkswirtschaftlicher Ziele und Sicherung der Marktintegrität wäre es besser, neue Kredite zu garantieren, als alte Fehlinvestitionen zu entschädigen. Die Verluste aus letzteren sollten von den Aktionären und Gläubigern der Banken getragen werden, schließlich sind sie dafür verantwortlich, nichts gegen die exzessiven riskanten Geschäfte der Bank unternommen zu haben.

Davon hat man in den ersten Krisenmonaten abgesehen, mit dem triftigen Argument, dass eine Verlustbeteiligung der Gläubiger eine erneute Panik im Finanzsektor auslösen würde, die gesamte Wirtschaft enorm schädigen und viele Unschuldige mit in den Abgrund reißen würde. Die Frage ist, ob

**Grafik 1: Größe der Bankenpakete
in % des Bruttoinlandsprodukts**

AT	0,31	ITA	0,04
BEL	0,76	LV	0,1
DE	0,19	NL	0,37
DK	0,05	PT	0,14
FIN	0,28	SL	0,32
FR	0,18	SP	0,23
GR	0,08	SWE	0,47
HUN	0,03	UK	0,2
IRL	2,65		

**Grafik 2: Bewilligungsdauer durch die EU-Kommission
in Tagen als Indikator für Generösität der Bankenpakete**

AT	50	LV	6
DE	14	NL	9
DK	2	PT	14
FIN	2	SL	49
FR	7	SP	22
GR	5	SWE	2
HUN	87	UK	3
IRL	10		
ITA	27		

jetzt, da die unmittelbare Zusammenbruchsfahr abgewendet ist, eine geordnete Verlustbeteiligung der Gläubiger von Banken möglich ist – also die Besitzer von Anleihen, das sind in der Regel große institutionelle Anleger.

DIE ZUKUNFT DES FINANZSEKTORS

»Auf keinen Fall!« ist die Haltung des Finanzsektors dazu. Doch was bedeutet es, wenn tatsächlich Bankrotte im Bankensektor nicht möglich bzw. vertretbar sind, wegen fatalen Nebeneffekten auf die Systemstabilität? Unter solchen Umständen muss der Spielraum für Finanzinstitute dringend radikal beschnitten werden. Weil andernfalls die Risiken zu groß sind, dass die Finanzinstitute nach ihrer Rettung zu »business as usual« zurückkehren, und sich munter in die nächsten finanziellen Abenteuer stürzen, für die dann der Staat die Rechnung präsentiert bekommt, wenn etwas schief läuft. Es müsste also der Finanzsektor redimensioniert werden muss: auf grundlegende Geschäfte der Einlagenverwaltung und Kreditvergabe, während viele der fantasievolleren Geschäfte, die den Boom der letzten Jahre getragen haben, der Vergangenheit angehören müssten.

Es dürfte keine Institute mehr geben, die so groß sind, dass ihr Bankrott das gesamte Finanzsystem in den Abgrund reißt (»too big to fail«), und dass ihre Rettung den Staat in die Schuldenfalle reitet (»too big to save«). Und jedes neue Finanzprodukt und jede Preisänderung müssten von einem Regulator vorher abgesegnet werden, um sicherzugehen, dass sich keine pyramidenspielähnlichen Finanzkonstruktionen auf Basis sogenannter Finanzinnovationen mehr ausbreiten können. Statt Banken den Interessen von Aktionären zu unterstellen, die in ihrer Rolle als Kontrolleure der Firmenpolitik versagt haben, könnte die Erteilung einer Banklizenz mit der Auflage zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben verbunden werden, so der Vorschlag des Wirtschaftswissenschaftlers Frédéric Lordon. Das ist nicht dasselbe wie Verstaatlichung, die vielleicht nicht ganz unrecht dem Verdacht ausgesetzt ist, Banken zu Selbstbedienungsläden für Lobbies mit politischem Einfluss zu machen.

Nicht zuletzt hat der Staat als Akteur auch in der jüngsten Finanzkrise keine allzu rühmliche Rolle gespielt: Der Aufbau des Schattenbankensystems, in dem exzessive Risiken angesammelt wurden, in dem Eigenkapitalunterlegungs-Vorschriften umgangen wurden, und die Explosion des Handels mit komplizierten Derivaten ohne entsprechende Regulierung geschahen unter den Augen von Regulierungsbehörden, die allzu großes Vertrauen in die Kräfte des Marktes gesetzt hatten. Gewöhnlich wird Finanzregulierung zu Expertensache erklärt, und damit von Außenstimmen abgeschottet.

Doch die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass gerade jene Akteure, die mit dem vermeintlich größten Finanzwissen ausgestattet sind, die folgenschwersten Fehler begangen haben: Professionelle Finanzmarktakteure, Regulatoren und Aufseher müssen sich mangelnde Überprüfung der Güte von Wertpapieren, Fehleinschätzung bzw. Ignorieren von Risiken etc. vorwerfen lassen.

Das führt zu der entscheidenden Frage für die künftige Gestaltung der Rahmenbedingungen für das Finanzsystem: Wie kann in Zukunft »regulatory capture«, die Beeinflussung von Regulierung durch Anbieterinteressen, zurückgedrängt werden? Wie kann Expertise und Beteiligung in Fragen der Finanzmarktregulierung von Akteuren aufgebaut werden, die keine Gewinninteressen im Finanzsektor haben, und so ein Gegengewicht zu dem Überhang an Einfluss der Finanzindustrie auf Regulierung und Aufsicht bilden können? ●

BEAT WEBER

ist Mitglied des Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM).

Staat und Neoliberalismus – ein Widerspruch in sich?

SCHWERPUNKT Mit Konjunktur- und Bankenpaketen ist der Staat ein aktiver Player in der aktuellen Wirtschaftskrise. Aber hat sich die Rolle des Staates im Neoliberalismus durch die bisherigen ökonomischen Erschütterungen und die staatlichen Reaktionen darauf tatsächlich verändert? Für John Kanankulam ist der Bruch mit dem herrschenden polit-ökonomischen Paradigma nur ein scheinbarer.

Im folgenden Beitrag möchte ich das widersprüchliche Verhältnis von (bürgerlich-kapitalistischem) Staat und dem seit nunmehr 30 Jahren vorherrschenden neoliberalen Paradigma ausloten und dabei insbesondere der Frage nachgehen, ob die Umbrüche seit dem Ausbruch der derzeitigen Wirtschaftskrise im September 2008 tatsächlich einen Bruch mit diesem Paradigma bedeuten.

MUSS PROFIT HABEN

Um sich dieser Frage anzunähern, ist zunächst einmal wichtig festzuhalten, dass die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften grundlegend darauf verwiesen ist, dass die Gewaltmittel von den unmittelbaren ökonomischen Produktionsverhältnissen getrennt sind. Wären die ProduktionsmittelbesitzerInnen mit Privatarmeen ausgestattet und würden Konflikte zwischen diesen durch Fehden und Kleinkriege ausgetragen, wäre die einigermaßen kontinuierliche Reproduktion kapitalistischer Produktion kaum vorstellbar.

Insofern besteht zwischen Staat und kapitalistischer Ökonomie ein grundsätzliches Trennungs- bzw. Besonderungsverhältnis, was jedoch nicht bedeutet, dass Staat und staatliche Politik keinen Einfluss auf den wirtschaftlichen Prozess ausüben. Claus Offe (1975/2006) verwies in den 1970er-Jahren darauf, dass der moderne Staat (genauer: dessen Personal), vermittelt über ein grundsätzliches »Interesse an sich selbst«, darauf verwiesen ist, dass der ökonomische Prozess genügend Profit abwirft, da sein eigener Bestand als Steuerstaat mittelbar davon abhängig ist. Der hierin knapp aufscheinende Widerspruch zwischen Besonderung des Staates von der Ökonomie und notwendiger Intervention wird – wie derzeit – insbesondere in Krisenzeiten besonders augenfällig.

Vergleicht man nun die historische Phase nach dem Zweiten Weltkrieg mit derjenigen nach der Krise der 1970er-Jahre ist zunächst einmal offensichtlich, dass mit jener Krise die euphorische Vorstellung, den ökonomisch-gesellschaftlichen Prozess unter tripartistischer Einbeziehung von Kapital, Gewerkschaften und Staat steuern und planen zu können (für viele: Shonfield 1965) ebenfalls in die Krise geriet.

Hinter dem staatlichen Planungs- und Steuerungsoptimismus der Nachkriegsära lag ganz grundlegend das 1944 in Bretton Woods erreichte Abkommen, Institutionen mit dem Ziel ins Leben zu rufen, die die internationalen Kapitalbewegungen der politischen Kontrolle unterwerfen sollten (vgl. Helleiner 1993, 22f.). Die Chefunterhändler John Maynard Keynes (GB) und Harry Dexter White (USA) waren sich im Kern darin einig, dass im Gegensatz zur liberalen Ordnung vor dem Krieg »internationalen Kapitalbewegungen nicht mehr erlaubt werden konnte, die politische Autonomie des neuen interventionistischen Wohlfahrtsstaates zu stören. Ihr Hauptanliegen war es, die neuen, in den 1930er-Jahren entwickelten makroökonomischen Planungsmaßnahmen abzusichern« (Helleiner 1996, 33; Übersetzung des Autors)

DOLLAR ALS LEITWÄHRUNG

Zentrale Säule dieses Systems war die feste Bindung des US-Dollar als Leitwährung an das Gold, und die daran teilnehmenden Staaten wurden darauf verpflichtet, ihre Wechselkurse im Verhältnis zum Dollar durch entsprechende Devisenmarktinterventionen zu stabilisieren (Herr 1992, 311ff.). Ziel dieses Arrangements stabiler Wechselkurse war die Gewährleistung politischer Autonomie der (Wohlfahrts-)Staaten und die Verhinderung spekulativer Finanzbewegungen, die Harry Dexter

1) Die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD).

White als »eine der Hauptursachen für Wechselkursstörungen« ansah (zit. in Helleiner 1993, 27; Übersetzung des Autors). Die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Vorläuferorganisation der Weltbank¹ als Garanten, plus der Einsetzung von Kapitalverkehrskontrollen bildeten das institutionelle Kernstück der neuen Weltfinanzordnung (Tetzlaff 1996, 51ff.).

Innerhalb dieses Systems hatten – so die Vorstellung – die Nationalstaaten weitgehende Planungssicherheit bezüglich ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik, die es ihnen auch ermöglichen sollte, in Krisenzeiten durch schuldenfinanziertes deficit spending die eigene Nationalökonomie antizyklisch anzukurbeln.

KRISE DER 1970ER-JAHRE

Spätestens Mitte der 70er-Jahre jedoch kamen verschiedene Faktoren zusammen, die dieses System und die damit einhergehenden staatlichen Funktionen ins Wanken brachten. Zum einen verzeichneten die USA seit Mitte der 1960er-Jahre u. a. durch ein ambitioniertes Gesellschafts- und Sozialprogramm (*Great Society*), v. a. aber durch den Krieg in Vietnam ein zunehmendes Haushaltsdefizit, das die Leitwährung des Bretton-Woods-Systems zusehends schwächte. Zum zweiten kam es infolge der relativ langen Phase ökonomischer Prosperität, zusammen mit der vielfach erreichten Vollbeschäftigung in den westlichen Wohlfahrtsstaaten, zu einer zunehmenden Stärke der ArbeiterInnenklasse, der es zum Teil gegen ihre Gewerkschaften gelang, trotz erster ökonomischer Krisenanzeichen relativ hohe Löhne durchzusetzen. Zum dritten erwies sich die Hoffnung, mittels staatlich-antizyklischer Politik den ökonomischen Krisenprozessen entgegensteuern zu können, letztlich als illusorisch.

Dies hing zum einen damit zusammen, dass Diagnose und Prognose, »d. h. die Schwierigkeit, die momentane und zukünftige Entwicklung richtig einzuschätzen, in dem die gegebenen Daten kurzfristig interpretierbar werden« schwerlich in

Einklang zu bringen waren (Schroeder 1984, 32). Zum anderen erwiesen sich das prinzipielle Problem der Entscheidungsverzögerung, die »sich auf der politisch-parlamentarischen und bürokratischen Ebene ergeben«, zusammen mit dem »time-lag zwischen dem Beginn der konjunkturpolitischen Maßnahmen und ihrer Auswirkung im Wirtschaftsprozess« als Faktoren, die die keynesianischen Hoffnungen destruierten (ebd.).

Vor diesem Hintergrund gerieten zum einen die tripartistisch-korporatistischen Arrangements zwischen Kapital, Gewerkschaften und Staat zusehends unter Druck und zum anderen verselbständigten sich die staatlichen Krisenstrategien gegenüber den anvisierten Zielen und den beteiligten Akteuren. Die ökonomische Rolle und Funktion des Staates wirkt in einer solchen Situation »nicht nur im stabilisierenden Sinne«, so Nicos Poulantzas 1977, »sondern ist ganz im Gegenteil auch ein wichtiger Faktor der Destabilisierung«. (Poulantzas 1977/2002, 241)

Zusätzlich zu diesen Krisenprozessen waren es drei miteinander verbundene Entwicklungen, die den Verlauf und den Ausgang jener damaligen Krise in den westlichen Metropolenstaaten wesentlich beeinflussten: Zum einen der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die erneute Liberalisierung der Währungs- und Finanzmärkte, zum anderen der Aufstieg des Neoliberalismus in jener Zeit und schließlich die grundlegende Reorganisation der kapitalistischen Produktionsweise, die als Beginn der heute als Globalisierung bezeichneten Prozesse betrachtet werden kann.

LIBERALISIERUNG DER WÄHRUNGSMÄRKTE

Die Abkopplung des Geldes vom Goldstandard, die mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems einherging, brachte eine entscheidende Veränderung der Funktion des Geldes mit sich. Ist das Geld durch den Goldstandard noch an eine reale Ware und produktive Größe (durch menschliche Arbeit hergestelltes Material) gekoppelt, ist mit der Aufhebung dieser Kopplung die Wertfundierung nur rein monetär mög-

2) Bruttinlandsprodukt

lich (Candeias 2004, 107). Wichtig ist in diesem Zusammenhang »die Unverzichtbarkeit der Zentralbank [...], die nun institutionelle Regeln der Geldmengensteuerung in Bezug auf die Leistungen der Arbeit entwickeln muss, weil die neutrale Bindung an die durch Arbeit produzierte Metallmenge nicht mehr existiert« (Altwater 1997, 100). Oberstes Ziel der Zentralbank ist es nun, die Geldmenge im Verhältnis zur Nachfrage knapp zu halten, damit der Wert des Geldes zeitlich gegen Inflation und räumlich in der Währungskonkurrenz stabil gehalten wird. Geld hat, so lässt sich argumentieren, zwei Preise. Einen zeitlichen, den Zins, und einen räumlichen, den Wechselkurs (vgl. Altwater/Mahnkopf 2002, 160).

EIN DILEMMA

Bei freiem Geld- und Kapitalverkehr und voller Konvertibilität der Währungen kann ein Preisverfall im Raum, also die Abwertung der Währung, nur gestoppt werden, wenn der Preis in der Zeit, also der Zins angehoben wird. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Ein stabiler Wechselkurs schließt eine unabhängige Geldpolitik und einen freien Kapitalverkehr aus. Freie Wechselkurse haben somit eine Auswirkung auf den Preis des Geldes in der Zeit, den Zins. Eine Folge hiervon ist, dass sich Investitionen in produktives Kapital, vor allem über Schulden (vor-)finanziert, sich u. U. nicht mehr lohnen.

Denn bei freien Wechselkursen ist es seitens der Zentralbanken »rational«, einer etwaigen Abwertung der eigenen Währung durch eine Hochzinspolitik entgegenzuwirken. Und zu hohe Zinsen führen dazu – zumal wenn sie über der Rentabilität produktiver Investitionen oder der Wachstumsrate des Sozialprodukts liegen –, dass die »Bedienung« der Schulden aus der produktiven Masse getätigt werden muss und das Wachstum somit zurückgeht.

Es gibt noch einen weiteren Grund für den Anstieg der Zinsen in einem System freier Wechselkurse: Die Möglichkeit der durch die Liberalisierung gegebenen schnellen Mobilisierung von Geldkapital. Droht der Wertverlust einer

Währung, gibt es für die Geldvermögensbesitzer die Möglichkeit, ihr Geldvermögen in eine stabilere Währung einzutauschen. Aufgrund dieser latent drohenden Dynamik befinden sich die Währungen in einem beständigen Stabilitätswettlauf miteinander.

Unter den Bedingungen einer Hochzinspolitik ist es also zum einen nicht lohnenswert und zum andern, wenn dies über die Aufnahme von Schulden erfolgen sollte, risikohaft, in produktive Sektoren zu investieren. Dies führt in den jeweiligen Nationalökonomien zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Für nationalstaatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik stellt sich dies u. a. als Rückgang der aus dem produktiven Sektor erwirtschafteten Gewinne und somit der Steuereinnahmen dar.

ZWEI MÖGLICHKEITEN

Um dies auszugleichen bestehen wiederum idealtypisch zwei Möglichkeiten: Zum einen die Aufnahme von Schulden, was sich aber unter dem Zwang zur Stabilität verbietet, zum anderen die Umverteilung der Schulden nach »unten« durch eine Erhöhung der Mehrwertabschöpfung und/oder einer Senkung der Löhne. Dies hat Konsequenzen für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Handlungsfähigkeit des Staates. So steigt mit der Verstaatlichung der Schulden der Druck auf die Organisationen der Arbeit, »sich mit einem geringeren Anteil des BIP² zufriedenzugeben, um die Renditeansprüche der großen Geldvermögen erfüllen und zugleich die realen Investitionen stimulieren zu können«. (Altwater/Mahnkopf 2002, 173)

Die Gewerkschaften befinden sich damit in einer prekären Situation, denn sie müssen sich auf eine Stagnation oder Senkung der Reallöhne einlassen, »und sie können sicher sein, dass der so geförderte weitere Anstieg von Geldvermögen, die ja quantitativ immer weiter steigende Renditeansprüche generieren, die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzsystems enorm steigern« (ebd.).

AUFSTIEG DES NEOLIBERALISMUS

Mit diesen Entwicklungen einhergehend kommt es seit Anfang der 70er-Jahre zu einem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel, der zum einen mit der Defizitpolitik der USA zusammenhängt, zum anderen aber mit dem offensichtlichen Scheitern keynesianischer Steuerungspolitiken, die angesichts galoppierender Preise zu einer zunehmenden Militanz der ArbeiterInnenklasse führten und damit mit dazu beitrugen, den fordistischen Wohlfahrtsstaat in die Krise zu treiben.

Seit Anfang der siebziger Jahre realisierte man innerhalb der US-Administration, »dass eine offenere, liberalere internationale Finanzordnung den USA angesichts von zunehmenden externen und internen Defiziten helfen würde, die politische Autonomie zu bewahren« (Helleiner 1996, 112: Übersetzung des Autors). Insofern war es letztlich nur konsequent, dass die US-Regierung unter dem Republikaner Nixon 1971 die Golddeckung des Dollar aufgab.

Somit stand das von Milton Friedman schon 1953 propagierte kontrollierte Floaten der Wechselkurse, gemeinsam mit der Geldmengensteuerung und weiteren politischen Maßnahmen, wie v. a. der Reduzierung staatlicher Ausgaben zugunsten geringerer steuerlicher Belastung der (investitionsbereiten) Bürger, auf der währungspolitischen Agenda.

Waren derartige Argumente im Rahmen des Bretton Woods-Systems lange Zeit in der Minderheitenposition, kamen sie im Lichte der dargestellten Entwicklungen, zusammen mit einer wachsenden Skepsis gegenüber keynesianischen Konzepten in jener Zeit zu zunehmender Popularität, wovon exemplarisch die Nobelpreise für Friedrich Hayek und Milton Friedman 1974 und 1975 zeugen (Candeias 2004, 110). Vor diesem Hintergrund wurden die Spekulationen auf den Finanzmärkten zu einem »entscheidenden Einflussfaktor staatlicher Entscheidungsprozesse« (Setton 2001, 21). Jene politische Wende hin zur Austeritätspolitik, die vielfach von sozialdemokratischen Regierungen vollzogen wurde und einen

Wandel der Staatsfunktionen im Sinne einer angebotsorientierten Sparpolitik nach sich zog, führte jedoch dazu, dass die den fordistischen Wohlfahrtsstaat kennzeichnende tripartistische Konsenspolitik nicht mehr aufrecht zu erhalten war.

Parallel hierzu kam es im Zuge der einsetzenden mikroelektronischen Revolution zu einer zunehmenden Internationalisierung der Produktion, bei der die Länder des globalen Südens fortan nicht mehr als bloße Rohstofflieferanten fungierten, sondern zunehmend in die Produktionsketten selbst mit einbezogen wurden (Fröbel et al. 1977; Aglietta 1979; Lüthje et al. 2002).

Angesichts dieser Konstellation spitzte sich, auch durch die Proteste der Neuen Sozialen Bewegungen, das Legitimitätsdefizit des fordistischen Wohlfahrtsstaates zu und in dieser Situation gelang es v. a. neoliberal, neokonservativ ausgerichteten Parteien an die Macht zu gelangen. Jene machten sich daran, den aus ihrer Perspektive durch »organisierte Interessen« geknebelten Sozialstaat, dessen Grenze angesichts chronischer Arbeitslosigkeit, der Investitionsschwäche der Unternehmen und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte erreicht sei, zu »befreien« (vgl. kritisch hierzu Saage 1983, 100ff.) Damit einher ging ein neuerlicher Funktionswandel des Staates. Nicht mehr Wohlfahrt, soziale Sicherheit und konsensuelle Einbindung auch der unteren Klassen standen auf der Agenda, sondern es wurde im Gegenteil argumentiert, dass zu hohes Anspruchsdenken und Leistungsverweigerung Ursache für die Krise seit den siebziger Jahren seien.

Und unter dem Diktum des »Strong State and the Free Economy« (Gamble 1994) machten sich die neoliberal-neokonservativen Regierungen daran, den Sozialstaat zurückzubauen und mehr Wettbewerb und Markt einzuführen, was einherging mit einem Rück- und Umbau der traditionellen Sektoren der industriellen Produktion, wodurch zusehends diejenigen Sektoren geschwächt wurden, in denen die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren ihren stärk-

2) Dies sind 1) Fiskalische Disziplin, 2) Umleitung öffentlicher Ausgaben in Felder, die sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung versprechen, 3) Steuerreform (niedrigere marginale Steuersätze, breitere Steuerbasis), 4) Liberalisierung des Finanzmarktes, 5) Schaffung eines stabilen, wettbewerbsfähigen Wechselkurses, 6) Handelsliberalisierung, 7) Beseitigung von Marktzutritts-schranken / Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen (Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Firmen), 8) Privatisierung, 9) Deregulierung (Abschaffung von Markteintritts- und Austrittsbarrieren), 10) Gesicherte Eigentumsrechte (Williamson 1990, 2f.).

ten Rückhalt hatten (Borchert 1995). Mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und unterschiedlicher Prioritätensetzung machten sich die staatlichen Politiken unter dem Wettbewerbsimperativ daran, die besten Standortbedingungen für das global operierende Kapital bereit zu stellen (Hirsch 1995; Kannankulam 2008).

Stephen Gill (2000) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass aus diesen Prozessen ein »disziplinierender Neoliberalismus« und als dessen politisch-rechtliche Dimension ein »neuer Konstitutionalismus« herauskristallisiert habe. Hiernach etablierte sich im Zuge der Krisen der siebziger Jahre u. a. durch die am »Washington Consensus« beteiligten Institutionen (Gill 2000, 5) ein global wirksames System heraus, dessen Ziel die weltweite Etablierung einer in zehn Zielen benannten ökonomischen Ordnung und Disziplin ist.³

Neben dem Internationalen Währungsfonds, dem »General Agreement on Trade and Tariffs« und der Gruppe der sieben führenden Industrieländer als zentralen Regimen, gelten aus dieser Perspektive auch die regionalen Prozesse ökonomischer Integration wie die Europäische Union, die »North American Free Trade Association« oder die »Association of Southeast Asian Nations« als Ausdruck und Stützen des neoliberal-monetaristisch ausgerichteten »Neuen Konstitutionalismus«, der »die Vernetzung des globalen Kapitals und die Intensivierung der Marktdisziplin und damit die Kommodifizierung von Sozialbeziehungen vorantreibt« (Bieling/Deppe 1996, 733; vgl. Gill 1992).

Gekoppelt an diesen Prozess der transnationalen Etablierung und Durchsetzung des Neoliberalismus ist ein multidimensionaler Umbau der Gesellschaftsordnungen. Es kommt zu einer Verlagerung und Verschiebung der Staatsfunktionen und zu einer Neukonfiguration der Staatsapparate, »d. h. die Aufwertung von relativ eng an den Weltmarkt gekoppelten Staatsapparaten (Finanzministerien, Zentralbanken etc.) und die Subordination von Ministerien für Beschäftigung und so-

ziale Sicherheit« (Bieling/Deppe ebd.). Der damit einhergehende Funktionswandel des Staates darf trotz aller Rede vom schlanken Staat nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Wandel keinesfalls einen Rückzug des Staates bedeutete (vgl. Kannankulam 2008a).

Denn zum einen ist auch der vordergründige Rückzug des Staates aus den Bereichen von sozialer Sicherheit, Bildung, Gesundheit etc. eine politische Entscheidung mit vielfach drastischen Konsequenzen für die Betroffenen. Zum anderen kommt es angesichts der Zunahme des von angemessener gesellschaftlicher Teilhabe abgehängten Teils der Bevölkerung, der aus Herrschafts- und Kontrollperspektive Teil einer Risikopopulation ist (Singelstein/Stolle 2006: 57), zu einem deutlichen Ausbau der sogenannten repressiven Staatsapparate. Angesichts dessen sind es dieselben Instanzen, so Loïc Wacquant (2000: 11), »die gestern noch [...] für »weniger Staat« eintraten, wo es um die Vorrechte des Kapitals und die Ausnutzung der Arbeitskraft ging, [die] heute mit ebensolchem Eifer »mehr Staat« [fordern], um die verheerenden sozialen Folgen einzudämmen und zu kaschieren, die in den unteren Regionen des sozialen Raums durch die Deregulierung des sozialen Raums durch die Deregulierung der Lohnarbeitsverhältnisse und den Abbau sozialer Sicherung entstanden sind.«

Somit ist ein zentrales Ergebnis neoliberaler Politik die systematische Erzeugung von Devianzphänomenen, auf die dann in populistisch wirksamer Weise repressiv reagiert wird (Wacquant 2000: 85ff.; De Giorgi 2006; grundlegend: Hall et al. 1978). In diesem Sinne geht neoliberale De-Regulierung und Sozialstaatsabbau systematisch Hand in Hand mit dem Ausbau des »starken Staates«, wie Andrew Gamble (1988) mit dem Diktum vom »Strong State and the Free Economy« schon für den Thatcherismus betonte.

ENDE DES NEOLIBERALISMUS?

Das mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit Herbst 2008 das Versprechen, durch mehr Markt und

Liberalisierung zu mehr Wachstum und Wohlstand zu gelangen, ebenfalls deutlich in die Krise geriet, ließ so manchen vermuten (oder hoffen), dass der Neoliberalismus oder gar der Kapitalismus in Gänze in die Krise geraten sei. Mit der Implementierung von keynesianisch anmutenden »Rettungs-« und Konjunkturprogrammen und der vielerorts vollzogenen Verstaatlichung von Banken war auch die Rede von der Notwendigkeit, die Finanzmärkte stärker kontrollieren zu wollen, nicht länger tabu.

Gleichzeitig lässt die Schnelligkeit und die Art und Weise, in der diese Pakete vielfach implementiert wurden, zusammen mit der lautstark beschworenen Last der hohen Staatsschulden schon jetzt erahnen, dass keinesfalls grundlegend mit dem neoliberalen Paradigma gebrochen wurde.

Ähnlich wie Anfang der 1980er-Jahre steht zu befürchten, dass die leeren Staatskassen dazu genutzt werden, erneut einen drastischen Sozialabbau zu betreiben (vgl. Borchert 1995, 199). Denn das unter dem Diktum der Alternativlosigkeit den Banken zugeschobene staatliche Geld, wird von diesen, wie auch der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück unlängst zugeben musste, »viel lieber in den Handel mit Devisen, Rentenpapieren und Aktien [gesteckt,] statt es als Kredite weiterzugeben« (zit. in der Süddeutschen Zeitung v. 4.07.09).

Auch wenn sich Steinbrück im Interview zielt, bekannt zu geben, wo gespart werden wird (Frankfurter Rundschau v. 10.07.09), ist es trotz aller Bekundungen sicher, dass nach der Wahl im September in der BRD wie sicherlich auch andersorts bei den Sozialleistungen, Bildungsausgaben und anderen Bereichen für die Subalternen weiter gekürzt werden wird. Somit zeichnet sich ab, dass die im Herbst 2008 aufscheinende Krise des Neoliberalismus keinesfalls zu einem Bruch mit dem herrschenden neoliberalen Paradigma des »Strong State and the Free Economy« geführt hat, sondern das hierin aufscheinende widersprüchliche Verhältnis auf neuer Ebene reproduziert – bis die nächste Krise kommt. ●

JOHN KANNANKULAM

ist zurzeit in einem Forschungsprojekt zur Europäisierung der Migrationskontrollpolitiken am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main tätig. Seine jüngsten Buchpublikationen: »Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus«, 2008 im VSA-Verlag erschienen und »Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft« (Mitherausgeber), 2008 im Nomos-Verlag erschienen.

LITERATUR:

- Aglietta, Michel (1979): »Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik«, in: Deubner/Rehfeldt/Schlupp/Ziebura (Hg.): Die Internationalisierung des Kapitals. Frankfurt am Main u. a.: Campus.
- Altwater, Elmar (1997): »Geld, Globalisierung, hegemoniale Regulierung«, in: Becker/Sablowski/Schumm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie, Hamburg: Argument, 96-122.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Grenzen der Globalisierung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): »Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze«, in: Das Argument 217, 729-740.
- Borchert, Jens (1995): Die Konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates: Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg: Argument.
- De Giorgi, Alessandro (2006): Re-Thinking the Political Economy of Punishment, Aldershot: Ashgate.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1977): Die Neue Internationale Arbeitsteilung: Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Hamburg: Rowohlt.
- Gamble, Andrew (1994): The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism. Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 2. Auflage.
- Gill, Stephen (1992): »The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Economic Union«, in: Miliband, Ralph/Panitch, Leo (Hg.): The New World Order, Socialist Register. London: Merlin, 157-196.
- Gill, Stephen (2000): »The constitution of global capitalism«, auf: www.theglobalsite.ac.uk.
- Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian (1978): Policing the Crisis. Mugging, the State and Law and Order, London: Palgrave.
- Helleiner, Eric (1993): »When Finance was the Servant: International Capital Movements in the Bretton Woods Order«, in: Cerny, Philip G. (Hg.): Finance and World Politics, 20-48.
- Helleiner, Eric (1996): States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s. Ithaca, London: Cornell.
- Herr, Hansjörg (1992): Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme: Theoretische und Historische Analysen der Internationalen Geldwirtschaft. Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- Hirsch, Joachim (1995): Der Nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin: Edition ID-Archiv.
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg: VSA.
- Kannankulam, John (2008a): »Konjunkturen der inneren Sicherheit«, in: Prokla 152, 413-427.
- Lüthje, Boy/Schumm, Wilhelm, Sproll, Martina (2002): Contract Manufacturing. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Offe, Claus (1975/2006): »Reformpolitik und das Interesse des Staates an sich selbst«, in: Ders.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuausgabe, hrsg. und eingel. von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Frankfurt am Main/New York: Campus, 127ff.
- Poulantzas, Nicos (1977/2002): Staatstheorie. Hamburg: VSA.
- Saage, Richard (1983): »Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik«, in: Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservatismus und »Neue Rechte«. München: Beck, 66-116.
- Schroeder, Klaus (1984): Der Weg in die Stagnation. Eine empirische Studie zur Konjunktorentwicklung und Konjunkturpolitik von 1967 bis 1982. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Setton, Daniela (2001): Die Entwicklungsdynamik der Finanzmärkte als Teil der Internationalisierung des Kapitals. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe Universität, Frankfurt am Main.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer (2006): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS.
- Shonfield, Andrew (1965): Modern Capitalism. London u.a.: Oxford University Press.
- Tetzlaff, Rainer (1996): Weltbank und Währungsfonds – Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Opladen: Leske & Budrich.
- Wacquant, Loïc (2000): Elend hinter Gittern, Konstanz: UVK.
- Williamson, John (1990): »What Washington Means by Policy Reform«, in: Ders. (Hg.): Latin American adjustment: how much has happened?, Washington, D.C.: Institute for International Economics.

GROSSER AUFTRITT
WIEN MUSEUM



Soziale Marktwirtschaft – Marktwirtschaft sozial?

SCHWERPUNKT Die Finanzkrise hat das Schlagwort von der »sozialen Marktwirtschaft« als Alternative zum Neoliberalismus verstärkt auf den Plan gerufen. Artur Streimelweger zeigt in seinem Beitrag, warum dieser Widerspruch oft nur ein scheinbarer ist. Denn historisch betrachtet, vertragen sich die beiden Begriffe deutlich besser, als man glauben würde.

Der Neoliberalismus hat also abgewirtschaftet. Jetzt braucht es Neues. Oder besser: Neues Altes; Altes, das sich schon einmal bewährt hat. Die Rede ist von der Sozialen Marktwirtschaft. Sie soll den Weg aus der Krise weisen. Ob sozialdemokratische, konservative, grüne oder liberale Parteien und Gewerkschaften – alle haben sich die »Marktwirtschaft mit Adjektiv«, nicht selten mit dem Präfix »öko-« versehen, auf ihre Fahnen geheftet.

Was aber steckt hinter der viel strapazierten Formel? Was macht die Soziale Marktwirtschaft so ungemein attraktiv, dass sich viele in Abgrenzung zum gescheiterten Marktradikalismus auf sie berufen und wieder beleben möchten? Von Friedrich A. v. Hayek stammt der Begriff des »Wieselwortes«. Er zielte damit auf das Wort »sozial« ab, das andere Wörter ihres Inhalts beraube. So wie das Wiesel die Eier aussauge und ohne Inhalt zurückließe, so sei die Marktwirtschaft durch ihr vorangestelltes Adjektiv zur bloßen Hülle verkommen. »Was sozial eigentlich heißt, weiß niemand. Wahr ist nur, dass soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft (...) ist«, meinte Hayek.

Nun wollen wir dem Säulenheiligen der Neoliberalen in seiner Abneigung vor Sozialem keineswegs zustimmen, charmant erscheint das »Wieselwort« in einer abgewandelten Form aber dennoch: nämlich dann, wenn es darum geht, die Soziale Marktwirtschaft selbst näher zu bestimmen. Eine allgemein akzeptierte Definition dessen, was heute unter der Begrifflichkeit zu verstehen ist, muss nämlich scheitern. Der Marktwirtschaft einen sozialeren Anstrich verleihen? Wer kann da schon dagegen sein? Vielleicht noch ein bisschen mehr staatliche Regulierung? Gegessen! Und darüber hinaus? Ende der Fahnenstange! Übrig bleibt die Hülle: das »Wieselwort« der »Sozialen Marktwirtschaft«. Ihr Erfolgsrezept ist die inhaltli-

che Unbestimmtheit. Gerade deshalb, weil sie heutzutage eine Formel ohne näher bestimmte Inhalte ist, lässt das Hören der beiden Wörter unwillkürlich positive Assoziationen zu und erzeugt so vorweg Zustimmung.

URSPRUNG IM ORDOLIBERALISMUS

Konsens zu produzieren mit einer suggestiven Wortkombination, war erklärtes Ziel der Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Um den nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre diskreditierten Kapitalismus in die Nachkriegszeit zu retten, musste eine neue Begrifflichkeit geschaffen werden. An die Stelle des »emotionsbelasteten« Kapitalismus sollte der »neutralere Begriff« (...) Marktwirtschaft« treten (Müller-Armack 1981, 181). So lässt sich ersterer akzeptieren, ohne sich groß über die in ihm angelegten Gesellschaftsverhältnisse unterhalten zu müssen.

Verantwortlich dafür war eine Gruppe liberaler Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die sich in den 1930er Jahren in der »Freiburger Schule« um den Ökonomen Walter Eucken versammelte. Sie lieferten mit dem Ordoliberalismus die theoretische Grundlage für das ideologische Markenprodukt Soziale Marktwirtschaft. Als politische Formel half sie, das ordolibereale Programm in die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu implementieren. Hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und Beschäftigung verleite die von der CDU um Kanzler Adenauer und seinem Wirtschaftsminister Erhard propagierte Soziale Marktwirtschaft große Akzeptanz in der Nachkriegszeit.

Es verwundert daher nicht, dass der Terminus »Soziale Marktwirtschaft« als positiver Identifikationsbegriff heutzutage parteiübergreifend gegen den Neoliberalismus in Stellung

gebracht wird. Ob wissentlich oder nicht, wird dabei aber außer Acht gelassen, dass beide Begriffe – Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft – zwei Seiten ein und derselben Medaille sind – eine Medaille, die den Namen »Neoliberalismus« trägt. Ebenso wie die US-amerikanische Ausformung in Gestalt der Chicago School und die Österreichische Schule der Nationalökonomie um Friedrich A. v. Hayek, machte sich der Ordoliberalismus als deutsche Variante des Neoliberalismus zu Beginn der 1930er an die Erneuerung ihrer inhaltlichen Grundlagen.

WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Den zentralen Referenzrahmen für das theoretische Gedankengebäude ordoliberaler Provenienz bildete die Weltwirtschaftskrise 1929/1932. Die liberalen Wirtschaftswissenschaftler waren an einem Wendepunkt angekommen. Sie hingen angeschlagen in den Seilen und standen unter Legitimationsdruck. War es doch deren von der Neoklassik geprägte Wirtschaftstheorie, die für das weltweite Marktversagen, die deflationäre Wirtschaftspolitik, radikale Ausgabenkürzungen und Massenarbeitslosigkeit mitverantwortlich gemacht wurde.

Dieser Umstand veranlasste die ordoliberalen Gelehrten, die »Krisis des Kapitalismus« zu analysieren. Nur durch eine Revision ihrer Theorie, so die damalige Ansicht, könnte auch die Idee des Wirtschaftsliberalismus überleben.

Dabei war den Ordoliberalen die kapitalismuskritische Stimmung in der deutschen Bevölkerung durchaus bewusst, eine selbstkritische Aufarbeitung der Irrwege des »alten« Wirtschaftsliberalismus erfolgte aber nicht. Im Gegenteil: Schuld wurde nicht der Theorie sondern der Praxis gegeben: »Die entscheidende und katastrophale Selbsttruinierung der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht in Ausführung des liberalen Wirtschaftsprogramms, sondern in flagranter Zuwiderhandlung gegen die Grundvorschrift dieses Programms zustande gekommen.« (Rüstow 1950, 70) Eine Exkulpation, die doch irgendwie bekannt vor kommt.

EIN NEUER WIRTSCHAFTSLIBERALISMUS

Im Mittelpunkt der Revisionsbemühungen standen die Positionen zu Staat und Wettbewerb. Für wirtschaftsliberales Denken paradox mutet auf den ersten Blick die Forderung nach einem »starken Staat« an. »Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört«, formulierte Alexander Rüstow, einer der führenden Vertreter des deutschen Neoliberalismus (Rüstow 1932, 69). Der Laissez-Faire-Liberalismus hatte die wirtschaftliche Konzentration begünstigt, in der Weimarer Republik wurden sozialstaatliche Leistungen ausgebaut und der Arbeiterbewegung gelang es, höhere Löhne durchzusetzen. Dagegen braucht es nach ordoliberaler Auffassung einen starken Staat. Stark sollte er dort sein, wo es um die Durchsetzung des freien Wettbewerbs auf den Güter- und Arbeitsmärkten geht.

Ziel war die aktive staatliche Gestaltung der Wettbewerbsordnung. Einzig durch die ordnungspolitische Macht des Staates kann vollständige Konkurrenz auf den Märkten gewährleistet werden und so der Staat selbst von »privaten Machtgruppen« wie Konzernen oder Gewerkschaften »befreit« werden. »Privateigentum bei vollständiger Konkurrenz bedeutet (...) Ohnmacht, die Verfügungsmacht und Freiheit der anderen Eigentümer zu Lasten der Gesamtheit einzuschränken«, schrieb Eucken (Eucken 1959, 274).

Dem ordoliberalen Interventionismus sind aber enge Grenzen gesetzt. Staatliche Eingriffe in das marktwirtschaftliche Geschehen kann es nur dort geben, wo sie dem Wettbewerb dienen. Entscheidendes Kriterium nützlicher Interventionen ist die Marktkonformität. Mit der »ordnenden Hand« des Staates ist ein reibungsloser Wettbewerb aber noch nicht gesichert. Dazu braucht es einer institutionellen Vorkehrung durch eine Wirtschaftsverfassung. Sie bildet die Leitlinie staatlicher Wirtschaftspolitik, an der sich die Wirtschaftssubjekte zu orientieren haben.

STARKER STAAT GEGEN DEN WOHLFAHRTSSTAAT

Wettbewerb dient in der ordoliberalen Lehre als Wasserscheide zwischen Staat und Wirtschaft. Als Garant der Gewaltenteilung zwischen den beiden Sphären messen ihm die Ordoliberalen eine Art Schutzschildfunktion gegen den gefürchteten »Interventionsstaat« bei. Mit anderen Worten, kann nur der vollständige Wettbewerb die Aneignung des Staates durch privatwirtschaftliche Kräfte sowie Interessen- und Gesellschaftsgruppen verhindern.

Diese Lehre zogen die deutschen Neoliberalen aus ihren Beobachtungen der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik. Walter Eucken, das Haupt der ordoliberalen Vordenker, prägte hierzu den Begriff des »Wirtschaftsstaates«, der sich nicht mehr durch eine der staatlichen »Gesamtpolitik« verpflichteten Interventionspolitik auszeichne, sondern durch Partikularismus und die Aufhebung des Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft.

Die Beseitigung der strikten Zweiteilung wurde von Eucken mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie nach dem Ende des 1. Weltkriegs in Verbindung gebracht. Bis dahin habe der Dualismus ein Gleichgewicht zwischen Regierungsgewalt und Staatsbürger gewährleistet. Die Aufhebung degradierte den Staat zum Objekt gesellschaftlicher Gruppen und machte die Regierung von den Parteien und ihren Wählern abhängig. Die kritische Haltung zu Parlamentarismus und Demokratie korrespondierte mit einem negativen Bild der Massengesellschaft. Die Demokratisierung habe den Sieg der »chaotischen Kräfte der Masse« ermöglicht. Durch sie sei »jede ordnende Kraft aus dem Völkerleben verschwunden« (Eucken 1932, 312). Die Massengesellschaft habe so wesentlich zum Zerfall der Weimarer Republik beigetragen.

Unerschütterlicher Marktglaube verbindet sich hier mit sozialem Antimodernismus und reaktionärem Fortschrittspessimismus. In der Beschreibung des gesellschaftlichen Ist-Zustandes identifizierten die deutschen Neoliberalen eine

geistig-moralisch Krise, die zu einem »Zusammenbruch der überkommenen Lebensordnung« und einer überzogenen Erwartungshaltung gegenüber dem den Interessengruppen ausgelieferten »totalen Staat« geführt habe. »Heute ist es der Glaube an den Staat, und zwar an den totalen, alles beherrschenden Staat, der weitgehend zum Religionsersatz geworden ist; im totalen Staat der Zukunft wird heute von vielen Deutschen ein übermenschliches, alles vermögendes Wesen gesehen.« (Eucken 1932, 306) Dieser auf den ersten Blick allmächtige ist jedoch ein ohnmächtiger Staat, weil sich ihn Verbände, Gewerkschaften und Parteien untertan gemacht haben.

GEGEN GEWERKSCHAFTEN UND KONZERNE

Ziel muss deshalb die Befreiung und Stärkung des Staates vom Einfluss der »Machtkörper« durch vollständige Konkurrenz sein. Freier Wettbewerb führt automatisch zur Entmachtung von Gewerkschaften und Konzerne. So sich der Staat nicht nur auf die Aufsicht der Wettbewerbsordnung zurückzieht, gestaltet er den Rahmen des Wirtschaftsprozesses. Zentrales Kriterium des »neuen« deutschen Neoliberalismus ist dabei nicht nur die Gewährleistung der Freiheit der Güter- sondern auch der Arbeitsmärkte.

Einflussnahme von Kollektivvertragsparteien auf die Einkommensentwicklung ist demnach genauso wenig vorgesehen wie kollektivvertraglich verhandelte Löhne. Ziel sind individuelle Arbeitsverträge. Nur unter ganz bestimmten Bedingungen kann in die marktbestimmte Einkommensverteilung eingegriffen werden – und zwar aus sozialen und nicht konjunkturellen Gründen. Einkommenspolitik zur Steigerung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Erreichung von Vollbeschäftigung wird abgelehnt.

Wenig verwunderlich, steht der Ordoliberalismus damit in Opposition zum Keynesianismus. Bemerkenswert aktuell auch die Gegnerschaft zur Besteuerung hoher Einkommen. Konträr zur keynesianischen Lehre argumentierten die Vertreter des deutschen Neoliberalismus, dass Sparen Investiti-

onen auslöse. Wer daher höhere Einkommensschichten stärker besteuere, dämpfe die Investitionen und folglich auch das Wirtschaftswachstum.

Losgelöst von politischen Verhandlungssystemen werden die Einkommen innerhalb der Wettbewerbsordnung durch den »anonymen Wirtschaftsprozess« ermittelt (Eucken 1975, 315). Nur am Markt können sozial gerechte Preise für die Arbeitskraft entstehen. Einzig er vergibt Löhne entsprechend der für die Konsumenten erbrachten Leistungen. Über soziale Gerechtigkeit braucht daher nicht erst verhandelt werden. Da die Einkommen ohnedies auf dem Markt geregelt werden, ist für Verteilungsforderungen kein Platz.

Gewerkschaften werden damit überflüssig. Gewerkschaften und Konzernen wurden anfangs noch als gleich großes Gefahrenpotenzial für die Durchsetzung des Wettbewerbs angesehen. Nach 1945 änderte sich dies. Die Bedeutung von Unternehmermacht für gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse wurde geringer eingeschätzt, der Fokus richtete sich auf die Arbeitnehmerinteressenvertretungen. »Mögen große Vermögen in unseren Gesellschaften investiert sein und als Gegenstand öffentlicher Sensationsberichte in der Presse dienen«, bemerkte Alfred Müller-Armack, Staatssekretär unter Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und Erfinder des Begriffs »Soziale Marktwirtschaft«, »sie üben zweifellos nicht annähernd so viel Macht aus wie andere fest gefügte Organisationen: Gewerkschaften, Parteien, ja selbst die Kirchen« (Müller-Armack 1981, S. 134).

Wenngleich es den deutschen Neoliberalen lieber gewesen wäre, den »Störfaktor« Gewerkschaften aufzulösen, so erforderte doch die Existenz des »Machtkörpers« eine klare Positionierung. Auch hier kommt das autoritäre Staatsverständnis zum Vorschein. Denn was die Lohnverhandlungen anbelangt, liegen klare Vorgaben am Tisch. Die Arbeitsbedingungen setzt der Staat und nicht die Gewerkschaften fest. Die Lohnhöhe hat sich am Vollbeschäftigungsziel zu orientieren. Die Kruz

der »Lohnformel der Sozialen Marktwirtschaft« (Schui 2009, 90): Wird Vollbeschäftigung nicht realisiert, kann entsprechend neoklassischem Arbeitsmarktmodell jede Lohnsenkung verlangt werden. Umgekehrt führen steigende, über dem Gleichgewichtsniveau der Vollbeschäftigung liegende Löhne zu Arbeitslosigkeit.

Die Stabilisierung der Marktwirtschaft beschränkt sich indes nicht allein auf deren Einbettung in eine Wettbewerbsordnung, sondern umfasst auch ein gesellschaftspolitisches Konzept. Die neoliberalen Vordenker erkannten das Zerstörungspotenzial des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Eine Wirtschaft ordoliberalen Prägung konnte nur dann reibungslos funktionieren, so die Ansicht, wenn der »sozialen Frage« Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ordolibere Sozialpolitik ordnet sich der Wirtschaft unter. Erfolgreich kann sie nur dann sein, wenn sie »im Sinne der ordnungspolitischen Gesamtentscheidung gestaltet« wird (Eucken 1959, 179) und Teil der Wirtschaftsordnung ist.

BEGRENZTE SOZIALPOLITIK

Die »neuen« deutschen Neoliberalen stellen sich nicht kategorisch gegen sozialstaatliche Leistungen. Allerdings nur dort, wo es um die Behebung individueller Notlagen geht: »Staatliche Wohlfahrtseinrichtungen sind dann notwendig. Aber der Akzent sollte, wo irgend angängig, bei der Stärkung der freien Initiative des Einzelnen liegen.« (Eucken 1959, 183) Nicht ein System sozialer Versicherungsleistung steht im Blickfeld, sondern das Postulat Eigenverantwortung und Selbsthilfe gepaart mit der Konzentration staatlicher Leistung »auf die echten Fälle der Hilfsbedürftigen« und einer »Grundversorgung« (Müller-Armack 1976, 284). Ordolibere Sozialpolitik ist begrenzte Sozialpolitik. Geht es nach Eucken & Co. kann sie nur dann wirksam werden, wenn hohes Wirtschaftswachstum stattfindet.

Wenn nun im Brustton der Überzeugung davon gesprochen wird, mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sei

auch der Neoliberalismus zusammengebrochen und die Stunde der Sozialen Marktwirtschaft gekommen, ist Vorsicht geboten. Das gilt ganz besonders für die Sozialdemokratie. Am »Ende der Geschichte« mag eine Marktwirtschaft mit sozialem Anstrich als Alternative zum neoliberalen Marktfundamentalismus verlockend erscheinen. Um nicht die Katze im Sack zu kaufen, empfiehlt sich aber eine inhaltliche Prüfung. Denn wo »Soziale Marktwirtschaft« draufsteht, ist oft Neoliberalismus drinnen. Umtauschen macht dann Mühe. Die Umstände könnte man sich sparen – durch eigene Begrifflichkeiten und Hegemoniearbeit. ●

LITERATUR:

- Eucken, Walter (1932): Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 36. Bd.
- Eucken, Walter (1959): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg
- Müller-Armack, Alfred (1976): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Stuttgart
- Müller-Armack, Alfred (1981): Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart
- Hayek, Friedrich A. v. (1979): Wissenschaft und Sozialismus. Vorträge und Aufsätze des Walter-Eucken-Instituts, Heft 71, Tübingen
- Rüstow, Alexander (1932): Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, München
- Rüstow, Alexander (1950): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Küpper
- Schui, Herbert (2009): Gerechtere Verteilung wagen! Mit Demokratie gegen Wirtschaftsliberalismus, Hamburg

ARTUR STREIMELWEGER

ist wohnwirtschaftlicher Referent im Verband
gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV).

GROSSER AUFTRITT
WIEN MUSEUM



Sozial-Dumping durch Liberalisierung

ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN Mehr Kundenorientierung und bessere Produkte – diese Idealfolge liberalisierter öffentlicher Dienstleistungen ist wohl eher die Ausnahme. Denn wie die Autoren der EU-Studie PIQUE, Jörg Flecker und Christoph Hermann, zeigen, haben Unternehmen vorzugsweise mit Kostensenkung und nicht mit Innovation oder Qualitätssteigerung auf neuen Wettbewerb reagiert.

Auf die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, wie Post, Nahverkehr, Elektrizität und Spitäler, reagierten die Unternehmen in erster Linie mit Kostensenkung – und weniger mit Innovationen oder Qualitätsoffensiven. Vor allem in den arbeitsintensiven Dienstleistungen bedeutete das Personalabbau, niedrigere Löhne und teils prekäre Beschäftigung. Die ArbeitnehmerInnen haben durch die Liberalisierung also vor allem verloren. Aber auch die Kundinnen und Kunden der Dienstleistungsunternehmen stiegen nicht durchwegs gut aus: Meist sind nur für Großkunden die Preise gesunken, und die Qualität ist nicht unbedingt besser geworden.

PREISSENKUNG?

Mit diesen Ergebnissen widerspricht das europäische Forschungsprojekt PIQUE in einigen wichtigen Punkten dem üblichen Bild der Auswirkungen der Liberalisierung – und insbesondere den Darstellungen der Europäischen Kommission. Diese hatte in zahlreichen Dokumenten die Bedeutung hochwertiger und erschwinglicher öffentlicher Dienstleistungen für das Wohlergehen der europäischen Bürger und für den Erfolg der europäischen Unternehmen unterstrichen. Laut dem 2004 veröffentlichten Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse¹ »haben die politischen Maßnahmen der Gemeinschaft erheblich dazu beigetragen, die Dienstgüte, das Angebot und die Effizienz einer Reihe von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu verbessern ... Die Kommission ist nach wie vor der Auffassung, dass die Ziele eines offenen, wettbewerbsfähigen Binnenmarkts einerseits und die Entwicklung allgemein zugänglicher, hochwertiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu erschwinglichen Preisen miteinander vereinbar sind«.

Die Annahme lautete also, dass Wettbewerb nicht nur die Preise senkt, sondern auch die Qualität steigert. Und Liberalisierung zielt darauf ab, Märkte mit Wettbewerb zu schaffen, sodass viele Anbieter miteinander auf einem integrierten und leicht zugänglichen Markt konkurrieren. Aber hat die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen tatsächlich zu starkem Wettbewerb geführt? Und hat Wettbewerb die erwarteten positiven Effekte?

STARKER WETTBEWERB UND MEHR QUALITÄT?

Die PIQUE-Ergebnisse zeigen, dass der Wettbewerb in einem Großteil der untersuchten Branchen und Länder in Wirklichkeit beschränkt ist. Eine erste Voraussetzung für mehr Wettbewerb wäre eine zunehmende Anzahl an Anbietern. Tatsächlich aber ist die Zahl der Unternehmen nicht generell gestiegen, sondern in manchen Branchen und Ländern sogar zurückgegangen. Ein Anstieg in der Anzahl der Versorgungsunternehmen hatte außerdem nicht unbedingt eine Steigerung des Wettbewerbs zur Folge: Die Marktkonzentration blieb hoch oder hat sogar noch zugenommen. Von den in sechs Ländern untersuchten 24 öffentlichen Dienstleistungsbranchen herrscht nur in vier (Elektrizität in Polen und Großbritannien und öffentlicher Personennahverkehr in Großbritannien und Schweden) eine hohe Wettbewerbsintensität und nur wenige zeigen eine Entwicklung in Richtung wettbewerbsintensiver Märkte. In vielen Fällen haben sich oligopolistische Märkte herausgebildet, die von wenigen Unternehmen beherrscht werden.

Im Gegensatz zur Schaffung wettbewerbsintensiver Märkte war der Liberalisierungsprozess bei der Veränderung von Eigentumsverhältnissen und bei der Ausweitung von privatem

Eigentum weit wirkungsvoller. Vor allem längerfristig gesehen wurden staatliche Monopole durch private Oligopole ersetzt. Mit der Privatisierung verschob sich die vorherrschende Form der Regulierung. Erfolgte die Regulierung vor der Liberalisierung in den meisten Branchen und Ländern durch öffentliches Eigentum, verbreiterte sich im Rahmen von Liberalisierung und Privatisierung das Regulierungsspektrum. Es wurden Regulierungsbehörden etabliert, die in unterschiedlichem Ausmaß über Autonomie und die Macht verfügen, die Marktteilnehmer zu kontrollieren; es kommt zur Vergabe von Lizenzen und zum Abschluss von Verträgen der Verwaltung mit Versorgungsunternehmen.

Im Allgemeinen wird nicht mehr der gesamte Prozess der Dienstleistungserbringung reguliert, sondern nur noch bestimmte Teile davon. Im Postbereich – und in manchen Ländern auch in anderen Branchen – existieren Universaldienstverpflichtungen. Viele öffentliche Dienstleistungsunternehmen unterliegen aber keinen vergleichbaren öffentlichen Dienstleistungsverpflichtungen. Das steht im Widerspruch zu den Wünschen der BürgerInnen. Wie eine Umfrage im Rahmen des PIQUE-Projekts ergab, ist es den europäischen Bürgern und Bürgerinnen wichtig, dass öffentliche Dienstleistungen für alle zugänglich sind.

Die Auswirkungen der Liberalisierung auf die Qualität der Dienstleistungen sind ambivalent. Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung konnten nur dort beobachtet werden, wo sie nicht in Konflikt mit den Unternehmenszielen der Kostensenkung standen. Zugleich hat sich die Qualität in jenen Aspekten, die von einem zusätzlichen Arbeitseinsatz abhängen, im Zuge der Liberalisierung und Privatisierung oftmals verschlechtert. So weiteten Stromanbieter gerne die Betriebszeiten ihrer zentralen Callcenter aus, schlossen aber gleichzeitig oftmals klassische Kundenzentren, in denen die Kunden persönlich mit MitarbeiterInnen sprechen konnten. In der Postbranche unternahm die früheren Monopolisten beträchtliche Anstrengungen, den Zustellprozess zu beschleunigen.

Zugleich wurden aber auch die Zahl der Postfilialen und der dort Beschäftigten beträchtlich reduziert, was es für die KonsumentInnen zeitaufwändiger macht, die Dienstleistung in Anspruch zu nehmen.

In den ausgesprochen arbeitsintensiven Branchen, wie Spitäler und Personennahverkehr, wird die Spannung zwischen Produktivitätssteigerungen und Qualitätsverbesserung besonders augenscheinlich – Personaleinsparungen und höherer Arbeitsdruck mit negativen Folgen für die PatientInnen bzw. KundInnen. In manchen Fällen zeigen sich die negativen Folgen für die Qualität auch erst langfristig. Niedrigere Investitionen in die Aufrechterhaltung von Netzwerkinfrastrukturen, z.B. in der Elektrizitätswirtschaft, können langfristig zu einer Verschlechterung der Netzwerkqualität und damit der Versorgungssicherheit führen.

Die PIQUE-Umfrage zeigte, dass die Liberalisierung die Zufriedenheit der KonsumentInnen mit den Dienstleistungen nicht erhöht. So sind BürgerInnen mit der Erbringung von Dienstleistungen in Branchen mit vielen konkurrierenden privaten Anbietern ebenso zufrieden oder unzufrieden wie in solchen mit einem einzigen öffentlichen Versorger. Folglich garantieren Liberalisierung und Privatisierung allein keineswegs hochwertige und allgemein zugängliche öffentliche Dienstleistungen. Die Unternehmensfallstudien lassen eher den Schluss zu, dass der entscheidende Unterschied nicht in der Wettbewerbsintensität oder im Anteil an privatem Unternehmenseigentum, sondern in der politischen Regulierung öffentlicher Dienstleistungen liegt. Und einer vollständigen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stehen die BürgerInnen generell skeptisch gegenüber.

DIE POLITISCHEN SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Europäische Union sollte Universaldienstleistungsverpflichtungen zu einem übergeordneten Prinzip ihrer Liberalisierungspolitik machen. Alle EU-Mitgliedsländer sollten sicherstellen, dass die Bürger und Bürgerinnen Zugang zu

leistbaren, qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Zu diesem Zweck wäre eine Richtlinie hilfreich, die die Natur und Rolle der öffentlichen Dienstleistungen in Europa klärt und deutlich macht, dass öffentliche Dienstleistungen nicht zwangsläufig den Regeln des europäischen Wettbewerbsrechtes unterliegen müssen.

Ein umfassender Katalog an Qualitätskriterien muss erst noch entwickelt und umgesetzt werden, um Unternehmen davor zu bewahren, Qualität zu Gunsten von Produktivitätssteigerungen zu opfern. Ein solcher Katalog sollte für alle Dienstleister in einem öffentlichen Dienstleistungssektor gelten und arbeitsintensive Qualitätsaspekte besonders berücksichtigen. Darüber hinaus muss den KonsumentInnen die Möglichkeit gegeben werden, die unterschiedlichen Qualitätsaspekte öffentlicher Dienstleistungen zu kontrollieren und zu beeinflussen, um ihnen größeren Einfluss auf die Dienstleistungserbringung zu sichern. Dieses könnte z. B. über besondere Beiräte zur Kontrolle von Dienstleistungsstandards geschehen.

Kann unter den veränderten Eigentumsstrukturen und neuen Formen der Marktregulierung die Versorgung mit nachhaltigen, allgemein zugänglichen, hochwertigen und erschwinglichen Dienstleistungen für alle BürgerInnen nicht gewährleistet werden, sollte man eine Rückkehr zu öffentlichem Eigentum in Betracht ziehen. Dies könnte mit der Einführung eines hohen Grades an Rechenschaftspflicht und einer Verstärkung der Bürgerbeteiligung einhergehen.

DIE SPIRALE NACH UNTEN

Die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen haben weit reichende Folgen für die Beschäftigung und die Arbeitsbeziehungen. Die Schaffung neuer Märkte und die Verwandlung ehemals öffentlicher Organisationen in gewinnorientierte Unternehmen setzen diese nicht nur dem Konkurrenzdruck, sondern auch den Dividendenforderungen von Aktionären aus. Da es sich – wie bei der Post, beim öffentlichen Personenverkehr oder bei Krankenhäusern – um

arbeitsintensive Dienstleistungen handelt, in denen die Arbeitskosten etwa zwei Drittel der gesamten Produktionskosten ausmachen, zielt die Strategie der Unternehmen primär darauf ab, die Personalkosten zu senken. Um dies zu erreichen, wird Personal abgebaut, werden Produktionsprozesse durch arbeitssparende Technik rationalisiert, werden Löhne gesenkt oder es wird auf prekäre Arbeit ausgewichen.

Entgegen den Annahmen der Mainstream-Ökonomen führte die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen eher zu einem Abbau als zu einer Zunahme an Beschäftigung. Personalabbau wurde jedoch meist ohne direkte Kündigungen umgesetzt. Gleichzeitig stieg in den untersuchten Branchen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, der Scheinselbständigen sowie der befristeten Beschäftigungsverhältnisse. In einigen Fällen werden in der Folge sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst durch prekäre Beschäftigung verdrängt. Am offensichtlichsten ist diese Entwicklung im Postsektor Deutschlands und Österreichs, wo die Liberalisierung zur Herausbildung neuer Niedriglohnbranchen geführt hat, wodurch Sozialstandards unter Druck kommen und die Zahl der von Armut betroffenen Beschäftigten steigt.

In Österreich ist der Großteil der Beschäftigten bei den neuen Anbietern auf dem Briefmarkt selbständig beschäftigt und wird nach Stück bezahlt. Obwohl sie Sozialabgaben selber leisten müssen, ist der Stundenverdienst nur etwa halb so hoch wie das Gehalt eines neu eingestellten Briefträgers bei der Post AG. Niedriglöhne bei der Post bringen für die öffentliche Hand nur auf den ersten Blick eine Einsparung, wenn beispielsweise Behörden bei den Portokosten sparen. Sie können die öffentlichen Ausgaben vielmehr in die Höhe treiben, wenn Löhne, die unter der Armutsgrenze liegen, durch Ausgleichszahlungen aus der Sozialhilfe gestützt werden müssen.

Um Arbeitskosten zu sparen, versuchen Unternehmen sich dem Lohngefüge des öffentlichen Dienstes zu entziehen und stattdessen neue Formen der Lohnverhandlung zu etablieren.

2) Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Änderung der Richtlinie 97/67/EG im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft; Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße.

Das bringt weit reichende Änderungen in den Kollektivvertragsverhandlungen, im Lohnniveau und den Beschäftigungsbedingungen mit sich. So führte die Liberalisierung meist zur Herausbildung zweigeteilter Systeme: relativ stabile Verhandlungsstrukturen bei den ehemaligen Monopolisten und weitgehend fragmentierte Kollektivvertragslandschaft bei den neuen Anbietern, von denen nicht wenige überhaupt keiner Kollektivvertragsbindung mehr unterliegen. Positive Ausnahmen sind Schweden und Belgien, wo die Kollektivvertragsverhandlungen eine große Reichweite und einen hohen Koordinierungsgrad aufweisen.

Zweigeteilte Systeme gehen oft mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad bei den ehemaligen Monopolisten und mit einem vergleichsweise niedrigen Organisationsgrad bei den neuen Mitbewerbern einher. Den Gewerkschaften fehlt folglich oft die Organisationsmacht, neue Kollektivverträge zu etablieren. In der Folge mangelt es den neu geschaffenen Märkten an Regelungen auf Branchenebene, die den Wettbewerb auf Basis der Löhne sowie das Sozial-Dumping verhindern oder auch nur begrenzen würden. Ohne gleiche Wettbewerbsbedingungen in sozialer Hinsicht geraten die höheren Sozialstandards der früheren staatlichen Monopolanbieter ebenfalls unter Druck.

Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse haben nicht nur zu einem Aufbrechen einheitlicher Kollektivvertragsverhandlungen geführt, sondern auch zu einer zunehmenden Vielfalt an Beschäftigungsbedingungen in den Unternehmen selbst. Werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als relativ homogene Belegschaft behandelt, entsteht in privatisierten Unternehmen eine wachsende Kluft zwischen »alten« und »neuen« Beschäftigten sowie zwischen Stamm- und Randbelegschaften.

Die häufigen Auslagerungen führen zu zusätzlichen Spaltungen, weil für die betroffenen Beschäftigten andere oder gar keine Kollektivverträge gelten. Die Fragmentierung der

Arbeitsbeziehungen und die zunehmenden Unterschiede bei Löhnen und Beschäftigungsbedingungen bedeuten höchst ungleiche Wettbewerbsbedingungen für die verschiedenen Anbieterfirmen. Diese Unterschiede wiederum verstärken den Anreiz, den Wettbewerb primär über die Arbeitskosten und nicht über Innovation und Qualität zu führen – die Spirale nach unten dreht sich immer schneller.

Es besteht offensichtlich dringender Handlungsbedarf: Die Regulierung öffentlicher Dienstleistungen sollte darauf abzielen, dass Unternehmen miteinander vor allem in einen Qualitätswettbewerb treten, wogegen Kosteneinsparungen durch Lohndumping zu verhindern sind. Zu den vorrangigen Maßnahmen zählen in diesem Zusammenhang sozialverantwortliche Ausschreibungen, die Bindung der Auftragsvergabe an Kollektivverträge und die Einführung von Mindestlöhnen. Kurzum, es müssten eigentlich gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen, bevor Märkte für den Wettbewerb geöffnet werden.

Die Aushöhlung nationaler Beschäftigungsstandards muss verhindert werden. Deshalb sollten Maßnahmen gesetzt werden, um die Qualität der Beschäftigung zu gewährleisten, wie dies z. B. in den jüngsten EU-Richtlinien zu Post und Personenverkehrsdienste² gefordert wird: »Sozialen Überlegungen sollte bei der Vorbereitung der Öffnung des Postmarktes gebührend Rechnung getragen werden.« In diesem Zusammenhang ist die Einführung eines Mindestlohns in der deutschen Postbranche als positives Beispiel hervorzuheben.

Es ist unmöglich, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und die Aushöhlung nationaler Standards zu verhindern, solange Unternehmen arbeitsrechtliche Bestimmungen und Kollektivverträge umgehen können, indem sie auf selbständig beschäftigte oder andere arbeitsrechtlich nicht geschützte Arbeitskräfte ausweichen. Mindestlohn- und Arbeitszeitregelungen müssen sich daher auf alle Beschäftigungsformen beziehen. Konkurrierende Unternehmen müssen

PIQUE

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Auswirkungen auf Beschäftigung, Produktivität und Dienstleistungsqualität (PIQUE). Das von 2006 bis 2009 laufende Forschungsprojekt PIQUE wurde von der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission im 6. Rahmenprogramm finanziert (Projektnummer CIT5-2006-028478). Die Forschung konzentrierte sich auf sechs Länder (Österreich, Belgien, Deutschland, Großbritannien, Polen und Schweden) und vier Branchen (Elektrizität, Postdienste, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser). Das Projekt wurde von Partnerinstituten aus den sechs am Projekt beteiligten Ländern durchgeführt und von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien koordiniert. Mehr Informationen zum Projekt gibt es unter www.pique.at.

denselben Kollektivvertragsverhandlungen und Mindeststandards unterworfen sein, und die Regulierung muss dabei die gesamte Wertschöpfungskette abdecken.

Ein weiteres wesentliches Ziel sollte es sein, Beschäftigung zu erhalten und Unterbesetzung zu verhindern, wie sie z.B. in Krankenhäusern gang und gäbe ist. Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen zur Unterstützung freigesetzter Beschäftigter sind notwendig. Arbeitskräftepools und ähnliche Anpassungsmechanismen sollten von unabhängigen Institutionen überprüft werden, um die Wirksamkeit sowie die Sicherung der Menschenwürde zu gewährleisten.

Aus dem vielschichtigen Bild der Folgen von Liberalisierung und Privatisierung ergibt sich eine Reihe von Schlussfolgerungen. Die wichtigste ist wohl, dass die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in Europa nicht dem Spiel der Marktkräfte bzw. privaten Oligopolen überlassen werden kann, wenn die Dienstleistungen allgemein zugänglich, von hoher Qualität und ohne Sozial-Dumping erbracht werden sollen.

Es bedarf einer angemessenen Regulierung, in der alle Stufen der Dienstleistungserbringung und die verschiedenen Qualitätsdimensionen Berücksichtigung finden. Eine solche Regulierung sollte aber nicht nur den Interessen der Konsumenten und Konsumentinnen dienen, sondern auch die in den öffentlichen Dienstleistungen Beschäftigten schützen, deren Arbeitsbedingungen sich vielfach verschlechterten und deren Arbeit in manchen Fällen äußerst prekär geworden sind. Die Arbeitsmärkte brauchen eine wirkungsvolle Regulierung, damit dem gegenseitigen Unterbieten bei den Löhnen und der daraus resultierenden Spirale nach unten ein Riegel vorgeschoben wird. Denn Dienstleistungen von hoher Qualität beruhen nicht zuletzt auf einer ausreichenden Anzahl hochwertiger Arbeitsplätze. Insgesamt ist in der Europäischen Union damit nicht weniger nötig, als eine Kehrtwende in der Politik der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. ●

DR. JÖRG FLECKER

ist wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) und Universitätsdozent für Wirtschaftssoziologie an der Universität Wien.

MAG. CHRISTOPH HERMANN

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) und Lehrbeauftragter der Universität Wien, Koordinator des EU-Projekts PIQUE.

GROSSER AUFTRITT
WIEN MUSEUM



»Bad Bank« – der vergessene Skandal der BCCI

BANKENPLEITE Das Kino als Spiegelbild der Realität: Der in diesem Jahr veröffentlichte Thriller »The International« nahm einen Betrugsfall rund um die »Bank of Credit and Commerce International« (BCCI) aus dem Jahr 1991 zur Vorlage. Thomas Riegler zeichnet diesen fast vergessenen Betrugsfall der jüngeren Geschichte in Film und Realität nach – und stößt dabei auf beachtliche Parallelen zu ähnlichen Finanzmarktpleiten der Gegenwart.

S »Sie kontrollieren dein Geld. Sie kontrollieren deine Regierung. Sie kontrollieren dein Leben. Und jeder zahlt!«, heißt es in »The International«. Der Thriller des deutschen Regisseurs Tom Tykwer, bekanntgeworden durch »Lola rennt«, wurde im Februar 2009 auf der Berlinale vorgestellt. Im Mittelpunkt der Handlung befinden sich ein Interpol-Agent und eine New Yorker Staatsanwältin, die gegen einen scheinbar übermächtigen Feind antreten: Eine global operierende Bank, die mit Waffenhändlern, Terroristen und Diktatoren lukrative Geschäfte macht und dabei im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen geht.

Anlässlich der Premiere wurde »The International« als erster aktueller Film zur Finanzkrise bezeichnet und man lobte die Nähe zwischen Realität und Fiktion. Tatsächlich nahm der Film Bezug auf einen bereits länger zurückliegenden Fall: Den Zusammenbruch der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) im Jahr 1991 – bis zur aktuellen Finanzkrise der größte Bankenskandal der Geschichte. Der Schaden, der damals vor allem Kleinanleger traf, belief sich auf rund 10 Milliarden Dollar.

DIE »WELTBANK DES VERBRECHENS«

Der Bankrott der »Weltbank des Verbrechens« (»Die Zeit«) erregte großes Aufsehen als »größter Finanzskandal des Jahrhunderts«. Auf dem Höhepunkt ihrer Macht war die BCCI die siebentgrößte Bank weltweit gewesen, mit 400 Niederlassungen in 73 Ländern und 13.500 Beschäftigten. Zeitweise verwaltete die BCCI Einlagen in der Höhe von 30 Milliarden Dollar. Gegründet 1972 durch den pakistanischen Banker Agha Hassan Abedi und startfinanziert durch den Emir von

Dubai war die BCCI innerhalb weniger Jahre zur »Bank der Dritten Welt« und zum Global Player aufgestiegen. Zu ihren Kunden zählten Diktatoren wie Saddam Hussein, Ferdinand Marcos und Manuel Noriega; aber auch terroristische Organisationen wie die Abu Nidal-Gruppe, Waffenhändler oder Drogensyndikate, die so einen einfachen Weg fanden, Gelder zu »waschen« oder illegal ins Ausland zu transferieren. Dass auch wesentliche Geheimdienste – allen voran die CIA – die BCCI einerseits zur Finanzierung von »black operations« und andererseits als »Fenster« in die Machenschaften von Kunden wie Abu Nidal benutzten, gestaltet den Fall dieser Bank zusätzlich spektakulär, aber auch undurchsichtig.

POLITIK DER BLANKOKREDITE

Die BCCI war für diese Art von Kundschaft vor allem wegen ihres Geschäftsmodells interessant: Die Bank gewährte nämlich hohe Kreditsummen, ohne dafür mehr Absicherung zu verlangen als die Einlage auf dem Kundenkonto. »Vorzugskunden konnten anrufen und erhielten überall auf der Welt Darlehen, ohne den geringsten Nachweis an Sicherheiten. Wurde ein Kredit nicht zurückgezahlt, bei guten Freunden des Hauses passierte das häufig, ließ sich der Verlust buchungstechnisch ausgleichen, von Zweigstelle zu Zweigstelle verschieben, notfalls von Land zu Land. Noch besser war die BCCI darin, Gelder in ihrem Zweigstellennetz zu verstecken«, berichtete der »Spiegel« 1991.

Solange immer neues Geld hereinkam, hatte die Bank keine Probleme. Um Verluste zu kaschieren, wurden fiktive Buchungen geführt, um Vermögenswerte vorzutäuschen, die nicht vorhanden waren. Außerdem parkte man Kundeneinla-

gen in der Höhe von mindestens 600 Millionen Dollar nicht auf den offiziellen Konten, sondern benutzte diese Mittel dazu, Löcher zu stopfen, die durch den Abzug anderer Kundeneinlagen entstanden waren. Im Grunde beruhte die jahrelange Erfolgsgeschichte auf einem gigantischen »Schneeballsystem« oder Pyramidenspiel. So erhielt beispielsweise der saudische Großunternehmer Gaïth Pharaon 1979/80 ungesicherte Kredite in Höhe von geschätzten 500 Millionen Dollar und kaufte damit für die BCCI unter anderem Aktien von zwei US-Banken, der National Bank of Georgia und einer kalifornischen Bank. Der Saudi fungierte somit als Strohhalm, um internationale Regelungen und Kontrollen im Bankgewerbe zu umgehen und die weitere Expansion voranzutragen. Diese ließ sich freilich nicht unbegrenzt aufrechterhalten: Die lockere Kreditvergabe zehrte zwangsläufig das Vermögen der BCCI auf und führte letztlich zur Insolvenz.

DAS BCCI-IMPERIUM

Dass dies erst verspätet eintrat, obwohl es mindestens seit 1984 klare Hinweise auf kriminelle Machenschaften gab, hatte mehrere Gründe: Zunächst einmal hatte das BCCI-Imperium eine »byzantinische« Struktur, die weltweite Präsenz mit minimaler Kontrolle garantierte: Während die Konzerngeschäfte vor allem von London aus gesteuert wurden, war die Holding im Großherzogtum Luxemburg mit seinem deregulierten Finanzmarkt angesiedelt – daran schlossen sich zwei Tochtergesellschaften an, eine ebenfalls in Luxemburg und eine weitere auf den Cayman Islands, der bekannten Steueroase in der Karibik.

Die Aufspaltung stellte sicher, dass sich keine Aufsichtsbehörde einen Gesamtüberblick über die Aktivitäten der BCCI machen konnte. Jahrelang wurden »blühende« Geschäfte vorgetauscht, obwohl die Bank in Wirklichkeit durch missglückte Spekulationen Verluste in Milliardenhöhe machte. In der Anklageschrift der New Yorker Staatsanwaltschaft hieß es, die BCCI stelle »eine der kompliziertesten und geheimsten Verbrechensorganisationen« dar, mit denen man es je zu tun ge-

habt habe. Und der Autor Frank Romeike meinte überhaupt: »Die BCCI war Bank, Geldwaschanlage, Drogen- und Waffenschmuggelring und Geheimdienst in einem. Im Fall BCCI verschmelzen schlichtweg Staat (Regierung, Militär), Unternehmen (BCCI) und organisiertes Verbrechen miteinander.«

VERBINDUNGEN ZUM BUSH-CLAN

Von großer Bedeutung waren weiters die ausgezeichneten Beziehungen, die die Bank zu wichtigen Entscheidungsträgern unterhielt: Das informelle Netzwerk setzte sich aus reichen Privatpersonen, Zentral-Bankchefs und Regierungsmitgliedern zusammen, die der BCCI indirekt dabei halfen, immer neue Geldquellen zu lukrieren. Im Gegenzug erhielt etwa Ex-Präsident Jimmy Carter acht Millionen Dollar für seine Wohltätigkeitsprojekte. Weiters vergab die Londoner Dritte Welt-Stiftung von BCCI-Gründer Abedi jährlich 100.000 Dollar an Empfänger wie Nelson Mandela, Willi Brandt und Julius Nyerere.

Der BCCI-Anteilseigner, der saudische Finanzier Khalid bin Mahfouz, unterhielt wiederum enge Beziehungen zum Bush-Clan. Gemeinsam mit Salim Bin Laden, einem Bruder von Osama Bin Laden, investierte er in die 1978 gegründete Ölfirma Arbusto Energy von George W. Bush. Nachdem Arbusto Mitte der 1980er Jahre in Schwierigkeiten geriet und von Harken Energy Group gekauft wurde, soll Mahfouz 11,5 Prozent an letzterem Unternehmen erworben haben. Und Bush Jr., der einer der Harken-Direktoren wurde, sollte seine Anteile später ausgerechnet zwei Monate vor der irakischen Invasion in Kuwait verkaufen, was ihm satte Gewinne einbrachte.

»THE BANK OF CROOKS AND CRIMINALS«

Wie bereits erwähnt, erfreute sich die BCCI wegen ihrer besonderen Fähigkeit Gelder zu »verstecken«, und umgehend ungedeckte Kreditbriefe auszustellen, bei einer bestimmten Klientel besonderer Beliebtheit: Terroristen, Drogenhändler, Steuerhinterzieher und Waffenhändler. Abu Nidal, einer der

bekanntesten Kunden, wickelte seine Waffengeschäfte in der Londoner BCCI-Niederlassung in der Park Lane ab: Rund 100 Millionen Dollar verdiente sein Netzwerk in den 1980er Jahren, indem es über die in Warschau beheimatete Firma SAS Trade & Investments etwa im ersten Golfkrieg Waffen sowohl an den Iran als auch an den Irak verkaufte. Wie 1984 bekannt wurde, besaß auch die libanesische Hisbollah ein Konto bei der High Street Kensington-Zweigstelle, das von einem iranischen Offizier betreut wurde. Darüber hinaus benutzen der peruanische Präsident Alain Garcia sowie die Diktatoren Noriega und Marcos die BCCI dazu, die Reichtümer ihrer Länder zu plündern. Laut Schätzungen soll alleine Noriega mehr als eine Milliarde Dollar über BCCI-Filialen in der Karibik »gewaschen« haben. Und laut dem Ermittlungsdienst Kroll half die Bank Saddam Hussein dabei, aus dem Erdölgeschäft Geld abzuzweigen und dieses auf Konten in der ganzen Welt zu verteilen.

Der demokratische Senator John Kerry, der die Machenschaften der Bank vier Jahre lang im Rahmen eines Untersuchungsausschusses durchleuchtet hatte, meinte angesichts dieser Bilanz zynisch: »Benötigen Sie ein Mirage-Kampfflugzeug für Saddam Hussein? BCCI macht's möglich. Brauchen Sie Waffen für den Nahen Osten, womöglich sogar Atomwaffen? Wen rufen Sie an? BCCI. Möchten Sie Drogengelder in Sicherheit bringen? Die BCCI erledigt auch das.«

DIE BANK DER CIA

»Wir, die CIA, haben sie benutzt«, bestätigte Geheimdienst-Direktor Richard Kerr 1991. Zweck war die Finanzierung von Geheimoperationen – alles »absolut legal«. Tatsächlich war die BCCI von enormen Wert für die CIA gewesen: Als von 1979 an die afghanischen Mujaheddin gegen die Rote Armee unterstützt wurden, ging ein Großteil der Finanzhilfe von insgesamt zwei Milliarden Dollar über die Heimatniederlassungen der BCCI in Pakistan. Um die Aufrüstung der »Gotteskrieger« am Laufen zu halten, übernahm die Bank de facto die Kontrolle über den Hafen Karatschi, bestach den pakistani-

schen Zoll und stellte bewaffnete Wächter zur Verfügung. Solange die eigenen Interessen im Kalten Krieg bedient wurden, sah Washington darüber hinweg, dass das islamistische Regime von General Zia und sein Geheimdienst ISI im Windschatten der Mujaheddin-Unterstützung ihren Einfluss im Nachbarland Afghanistan ausbauten (was den allmählichen Aufstieg der Taliban in den 1990er Jahren möglich machte). Genauso wurde ignoriert, dass Pakistan und die BCCI gemeinsam das Atomwaffenprogramm des Landes vorantrieben: 10 Millionen Dollar aus einer von der Steuer befreiten Stiftung, die von der BCCI in Pakistan gegründet worden war, finanzierten ein Geheimlabor von Dr. Abdul Qadeer Khan, dem »Vater« der »islamischen Bombe«.

ILLEGALE WAFFENLIEFERUNGEN

Die Bank war der CIA auch zu Diensten, als Saudi Arabien auf Bitte von Präsident Ronald Reagan den nicaraguanischen Contras Finanzhilfe gewährte – nachdem der US-Kongress amerikanische Finanzhilfe für die rechtsgerichteten »Freiheitskämpfer« untersagt hatte. Weiters war die BCCI von großem Nutzen im so genannten »Iran-Contra-Skandal«: Um amerikanische Geiseln im Libanon freizubekommen und in der Hoffnung bessere Beziehungen zu moderaten Kräften im Iran aufzubauen, organisierten enge Mitarbeiter des Präsidenten illegale Waffenlieferungen an Teheran.

Die Provisionen aus dem Geschäft wiederum wurden an die Contras weitergeleitet, damit diese die linksgerichtete sandinistische Regierung zu Fall brachten (»Projekt Democracy«). Der iranische Waffenhändler Manucher Ghorbanifar besuchte daraufhin mit auf BCCI bezogenen Schecks regelmäßig das Weiße Haus. Die Waffenverkäufe in der Höhe von 17 Millionen Dollar konnten so über die Zweigstelle der BCCI in Monte Carlo über die Bühne gehen.

Diese Verstrickungen der CIA in die Geschäfte der BCCI sowie die verlockende Möglichkeit, insgeheim Einblick in die Geschäftsbeziehungen von »Schurken« zu nehmen, mögen

mit dazu beigetragen habe, dass sich der Kollaps der Bank so lange hinausgezögerte.

DIE FILMVERSION DES SKANDALS

Damit zurück zum Film »The International«, der die abstrakte Geschichte der BCCI mit passenden Bildern und Metaphern ausstattet – die freilich genauso für den gegenwärtigen Zustand der Finanzwelt ihre Gültigkeit haben: Im Film ist, leicht abgeändert, von der »International Bank of Business and Credit (IBBC)« die Rede. Angelehnt an die klassischen Paranoia-Thriller wie »Three Days of the Condor« oder »All the President's Men« der 1970er Jahre geht es um Individuen, die sich mit Kräften anlegen, die größer sind als sie selbst. Die »IBBC« ist ein solcher Gegner: Ihrer Führungsetage ist jedes Mittel Recht, um den Profit zu vergrößern und die eigenen Interessen durchzusetzen – wenn nötig mit Gift, vorgetäuschten Unfällen und Gewehrkugeln. Der glaspalastartige Sitz des Unternehmens in Luxemburg symbolisiert Transparenz: Doch die Fassade ist verspiegelt – Offenheit und Sichtbarkeit sind nur ein Täuschungsmanöver von vielen.

»The International« spart auch nicht die Praxis der aggressiven Kreditvergabe (predatory lending) aus: In einer Schlüsselszene sagt ein auskunftsfreudiger italienischer Politiker, der wenig später einem Mordanschlag zum Opfer fällt: »Es geht um Kontrolle. Eine Bank will Schulden kontrollieren. Wer den Konflikt finanziert, kontrolliert die Schulden. Das ist das Wesen des Bank-Geschäfts: Uns alle zu Sklaven der Schulden zu machen.« Das galt für den historischen Fall der BCCI und gilt heute genauso, wenn man zum Beispiel bedenkt, in welchem Ausmaß sich gerade österreichische Banken in Osteuropa engagierten. Mehr als 200 Milliarden Euro wurden an Krediten vergeben, finanzierten das Wachstum der »Boomregion« und beförderten gleichzeitig die exorbitante Verschuldung der Haushalte. Vor allem die in Fremdwährung abgeschlossenen Kredite drohen nun im Zuge der Finanzkrise aber zum Bumerang zu werden und haben das Potential, den österreichischen Staat in den Bankrott zu reißen.

Die Suche nach Gerechtigkeit erweist sich als frustrierendes Katz- und Maus-Spiel. Im Zuge seiner Ermittlungen wird der Interpol-Agent Louis Salinger (Clive Owen) nämlich immer wieder behindert, stößt auf Mauern des Schweigens und wird von Auftragskillern verfolgt, während Politiker, Behörden und Geheimdienste die kriminelle Bank protektionieren. Ausgerechnet ein früherer Stasi-Offizier, der nun die Kontakte der Bank zur Unterwelt betreut, bekennt gegenüber Salinger: »Jeder ist involviert. Hisbollah, die CIA, die kolumbianischen Drogenkartelle, die organisierte Russische Kriminalität, die Regierungen von Iran, Deutschland, China, ihre Regierung, jeder multinationale Konzern, jeder.« Und dieser Oberst Wexler, der einst den Kapitalismus bekämpfte, fügt hinzu: »Wir fangen besser an, als wir enden.«

Am Ende beherzigt Salinger einen Rat, den ihm der Offizier gegeben hat, nämlich illegal zu handeln, quasi zum vigilanten Racheengel zu werden: »Wenn Sie der Bank das Handwerk legen wollen, gelingt ihnen das nicht innerhalb der Grenzen ihres Rechtssystems. Es wird immer Kollateralschäden geben.« Als er dann den CEO auf den Dächern Istanbuls endlich in die Enge getrieben hat, hält Salinger im letzten Augenblick inne und lässt die Waffe sinken: Zum einen, weil er über den eignen Blutdurst beschämt ist und andererseits, weil ihm der Banker entgegenhält, dass er ohnehin nur ein Rädchen im System sei, vollkommen austauschbar. Dass der CEO dennoch umgehend einer Racheaktion mit ihm verfeindeter Waffenhändler zum Opfer fällt, unterstreicht einmal mehr den im Film vorherrschenden pessimistischen Grundton einer zynisch-»grauen« Dystopie.

FINANZSKANDALE: DAMALS UND HEUTE

Zwischen dem Fall der BCCI und der aktuellen Finanzkrise drängen sich zahlreiche Parallelen auf: Zunächst einmal hatte das Wegschauen von Kontrollinstanzen die Machenschaften der Bank erst ermöglicht: So meinte die »Zeit«: »Trotz aller Mühe, die Abedi und Mitarbeiter sich bei der Vertuschung ihrer Schiebereien gaben, hätten sie ohne die laxen Aufsicht wohl

kaum Erfolg haben können.« Das 1987 bei der BCCI eingesetzte Rechnungsprüfungsunternehmen Price Waterhouse attestierte der Bank immer einen korrekten Jahresabschluss – obgleich die BCCI 1988/89 schwere Verluste hinnehmen musste. Genauso wenig schritten die Luxemburger oder die britische Bankenaufsicht ein, obgleich es immer wieder Hinweise auf die »schmutzige« Geschäftsgebarung gegeben hatte. Die Bank von England veranlasste die Schließung der BCCI erst 1991, als es angeblich die ersten gerichtsverwertbaren Beweise gab. Damals war zu hören, dass man aus dem Skandal Konsequenzen gezogen habe. Doch im Zuge der Finanzkrise stellte sich heraus, dass die Kontrollmechanismen wiederum in großem Stil versagt hatten: Die Gefahr einer Systemkrise war nicht rechtzeitig erkannt worden, die Instrumentarien zahnlos.

Eine weitere Parallele besteht in dem »Schneeballsystem«, nach dem die BCCI operierte. Dieses erinnert sowohl an das so genannte »Ponzi-Modell« aus den USA der 1920er-Jahre als auch an den gegenwärtigen Madoff-Skandal. Damals wie heute wurden Investoren hohe Renditen versprochen und diese auch zunächst bezahlt, allerdings mit dem Geld, das weitere Investoren einzahlten. Wenn, wie während der Großen Depression und der heutigen Finanzkrise, der Kapital-Nachschub ins Stocken kommt, bricht das System zusammen.

Weiters zeigte der Bankrott der BCCI, dass die Hauptgeschädigten in der Regel kleine Anleger sind: 55.000 der kleinen Geschäfte asiatischer Einwanderer in Großbritannien hatten Einlagen bei der BCCI gehabt – darunter 60 Prozent der Textilhändler der Whitechapel Road in Ost-London. Der Fall der »Bank der Ditten Welt« hatte gerade in der Peripherie des Weltwirtschaftssystems katastrophale Auswirkungen: Die BCCI war die wichtigste Bank für 18 afrikanische Entwicklungsländer gewesen und die Insolvenz verschlimmerte deren Lage. Kamerun beispielsweise büsste 200 Millionen Dollar ein. Aber auch China hatte 400 Millionen Dollar auf Konten der BCCI in Hongkong als diese eingefroren wurden. Und

so wie sich in der aktuellen Finanzkrise zahllose Kommunen verspekulierten, litten diese auch unter dem Crash der BCCI: 60 Lokalregierungen hatten 200 Millionen Pfund an Steuergeldern bei der BCCI, weil diese um einen Prozentpunkt höhere Zinsen angeboten hatte. Die Regionalverwaltung auf den schottischen Äußeren Hebriden, Comhairle nan Eileans, verlor dadurch alleine 23 Millionen Pfund. Die benachbarte Bezirksverwaltung auf dem Festland, Ross and Cromarty, kam mit 1,3 Millionen Pfund vergleichsweise glimpflich davon. Insgesamt mussten britische Städte und Kommunen an die 70 Millionen Pfund abschreiben.

17 Jahre vor dem Wall Street-Crash 2008 hatte also der Bankrott der BCCI bereits alle Elemente vorweggenommen, die auch die heutige Misere auszeichnen: Kriminelle Geschäftsgebarung, außer Kontrolle geratene Spekulation, »Gier« nach Rendite, mangelnde Aufsicht und fehlende Regulierung sowie das intransparente Beziehungsgeflecht zwischen Politik, Behörden Finanzwirtschaft. Am Ende stand – genauso wie heute – der Ruin gerade für Kleinanleger oder arme Schuldnerationen. ●

Die anderen Wehrmachtssoldaten

AUSSTELLUNG Zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs 1939 widmen sich eine Ausstellung und eine wissenschaftliche Tagung in Wien Opfern und Tätern der NS-Militärjustiz.

Einer war H. C. Artmann. Oskar Werner auch. Ebenso der Musik-Staatspreisträger Friedrich Cerha oder der Literat Hans Lebert. Dietmar Schönherr (»Raumpatrouille Orion«) hatte sich noch 1944 begeistert freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet – und ihn dennoch als einer von ihnen beschlossen: als Deserteur. Zehntausende junge Männer verweigerten an einem bestimmten Punkt während des Zweiten Weltkrieges den soldatischen Gehorsam, entfernten sich ohne Erlaubnis von der Truppe, versuchten überzulaufen, fügten sich selbst Verletzungen zu in der Hoffnung, dann endlich nach Hause geschickt zu werden. Oder sie blieben und wurden renitent: Wie der Literatur-Staatspreisträger Michael Guttenbrunner, der einen seiner Offiziere verprügelte.

Mehr als 18 Millionen Mann dienten zwischen 1939 und 1945 in der Wehrmacht. Gegen etwa 1,5 Millionen von ihnen ergingen militärgerichtliche Urteile, die von Strafexerzieren über Arrest und Lager bis hin zur Rekrutierung für Himmelfahrtskommandos reichten. Etwa 30.000 Soldaten wurden von Wehrmichtsrichtern zum Tode verurteilt, mehr als 20.000 tatsächlich hingerichtet, davon allein 15.000 wegen Desertion. Zum Vergleich: Während des gesamten Ersten Weltkrieges waren von deutschen Militärgerichten 150 Todesurteile verhängt worden, von denen 48 auch tatsächlich vollstreckt wurden.

DESERTEURE BLEIBEN »LUMPEN«

Ihre Weigerung, im Vernichtungsfeldzug mitzumarschieren, dankte die österreichische Nachkriegsgesellschaft den Opfern der NS-Militärjustiz schlecht. Ab den frühen 1950ern erlangten Funktionäre der Veteranenverbände mehr und mehr die Deutungshoheit über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Eine wahre Flut von Erinnerungsliteratur, reißerischen Kriegsgeschichten und kaum verhohlenen Selbst-

rechtfertigungen erzählte die immer selbe Geschichte von der unbefleckten Wehrmacht. Während den Heldensöhnen ihr treuer Einsatz für die Heimat bis zum bitteren Schluss ein ums andere Mal gedankt wurde, waren insbesondere ehemalige Deserteure zunehmend mit Vorwürfen konfrontiert, sie hätten ihre Kameraden, ja, ihr »Vaterland« verraten. Dieses Klima begann sich erst in den letzten fünfzehn Jahren langsam zu wandeln. Seit Ende der 1990er setzte eine Beschäftigung zunächst auf wissenschaftlicher, später auf politischer Ebene ein. Im Juli 2005 beschloss der Nationalrat schließlich das »Anerkennungsgesetz 2005«, das zwar keine vollständige gesellschaftliche und juristische Rehabilitierung der Deserteure brachte, aber immerhin deren skandalöse sozialrechtliche Schlechterstellung beendete.

Ab dem 1. September ist die Ausstellung »Was damals Recht war...« über das System der NS-Militärjustiz in Wien zu sehen. Veranstalter ist das Personenkomitee »Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz« in Kooperation mit dem Verein Gedenkdienst. Die ursprüngliche Fassung der Ausstellung, konzipiert von der »Bundesstiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas« in Berlin, wurde für diesen Anlass überarbeitet und mit österreichischen Fallbeispielen ergänzt. Anlässlich der Ausstellung organisiert das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien eine internationale Tagung. ●

FLORIAN WENNINGER

arbeitet am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien
und ist Obmann des Vereins Gedenkdienst.

Die Ausstellung »Was damals Recht war...« - ist vom 1.9.-15.10. im Theater Nestroyhof/Hamakom zu sehen. Der Eintritt ist frei. (Nähere Informationen unter: www.deserteure.at) Die Internationale Tagung »Wehrmichtsjustiz. Kontext – Praxis – Nachwirkungen« findet am 1./2.10. im Justizpalast (DG) statt (Programm siehe www.univie.ac.at/zeitgeschichte).

Superkapitalismus, Postdemokratie, gescheitert?

BÜCHERREZENSION Dass den WählerInnen derzeit die rechte Begeisterung für Politik abgeht, wurde in diesem Heft schon mehrfach analysiert. Nun haben im Laufe des letzten Jahres drei sehr unterschiedliche Autoren drei sehr unterschiedliche Bücher geschrieben, die sich auf wundersame Weise alle mit der Frage auseinandersetzen, warum das so ist und wie es zu ändern sei. Eines davon, »Superkapitalismus« von Robert Reich, erhielt zuletzt den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch. Ludwig Dvořak wagt eine Zusammenschau von Robert Reichs »Superkapitalismus«, Colin Crouchs »Postdemokratie« und Heiner Flassbecks »Gescheitert«.

Warum kann derzeit die politische Linke und die Gewerkschaftsbewegung nicht das durchsetzen, was man von ihnen erwartet – und wie kann man das ändern? Auf diese Frage geben drei sehr unterschiedliche Bücher drei durchaus unterschiedliche Antworten, die zusammengenommen ein recht gutes Bild vermitteln. Gemeinsam ist ihnen vor allem ein Befund, den sie ohne jede Effekthascherei vortragen: Soziale Ungleichheit und ein politisches System, in dem Unternehmenslobbys das Sagen haben, bedrohen längst unsere Demokratie.

SUPERKAPITALISMUS,...

Der US-Politologe Robert Reich versucht diese Entwicklung mit dem Aufkommen eines »Superkapitalismus« zu erklären. Der durch neue Technologien verschärfte Wettbewerb bringe AnlegerInnen und KonsumentInnen Vorteile, gleichzeitig benachteilige er die ArbeitnehmerInnen. Der notwendige politische Ausgleich finde aber nicht statt, teils weil der »Superkapitalismus« mit seinen Lobbyisten auch die politische Sphäre zu beherrschen beginne; teils aber auch, weil sich US-PolitikerInnen zunehmend aufs Moralisieren verlegen, statt ihre Verantwortung wahrzunehmen und Gesetze zu machen.

Sehr treffend verweist Reich auf die Sinnlosigkeit, von den Unternehmen »Patriotismus« und »soziale Verantwortung« einzufordern, weil für diese Werte im »Superkapitalismus« kein Platz ist. Die Parallele zu SPD-Politiker Franz Müntefering, der sich über den »Heuschreckenkapitalismus« empörte, nachdem seine Regierung jahrelang soziale Netze ausgedünnt und Konzerne steuerlich gefördert hatte, drängt sich auf.

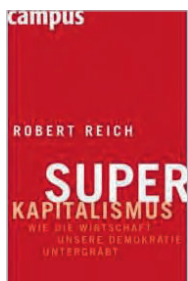
...POSTDEMOKRATIE,...

Aber wieso lassen sich PolitikerInnen so leicht steuern? Sind sie nicht ihren WählerInnen und Parteien verpflichtet? Reichs Analysen gehen hier nicht besonders in die Tiefe, wohl auch deshalb, weil in den USA anders als in Europa die arbeitenden Menschen nicht jahrzehntelang über spezifische Parteien verfügten, die sie am politischen Prozess direkt beteiligen. Mit dem Begriff der »Postdemokratie« beschreibt der englische Soziologe Colin Crouch nun einen Zustand, in dem zwar regelmäßig Wahlen stattfinden, aber dennoch das Interesse der Mehrheit der BürgerInnen nicht gewahrt wird.

Crouch erklärt dies im Wesentlichen mit dem Versagen der Linken, die Interessen der abhängig Beschäftigten in der »postindustriellen Gesellschaft« zu artikulieren. Er macht hier einen wichtigen Punkt: Statt die wachsende Zahl der (weiblichen) Beschäftigten im Dienstleistungssektor in eine Allianz mit der schrumpfenden Industriearbeiterschaft einzubeziehen, hat die Sozialdemokratie die Sorgen dieser »Mittelschicht« ausschließlich auf »ineffiziente« öffentliche Dienste bezogen und damit Privatisierungen begründet. Dadurch hat die Sozialdemokratie diesen Gruppen aber keine gemeinsame politische Identität vermittelt, sondern nur ihre alte soziale Basis verloren, ohne eine neue zu gewinnen.

Die schrumpfenden Parteistrukturen versuchte man durch ein Heer an bezahlten BeraterInnen, PR-Agenturen und LobbyistInnen zu ersetzen, das nur durch die Spenden des »Big Business« finanziert werden konnte.¹ Dies habe dazu geführt, dass dem öffentlichen Sektor inzwischen »weitgehend das

1) Crouch hat hier das Beispiel von »New Labour« vor Augen.



ROBERT REICH
Superkapitalismus
- Wie die Wirtschaft
unsere Demokratie
untergräbt
Campus Verlag
328 Seiten
24,90 Euro



COLIN CROUCH
Postdemokratie
Suhrkamp Verlag
159 Seiten
10,30 Euro



HEINER FLASSBECK
Gescheitert
263 Seiten
Westend Verlag
20,60 Euro

Selbstvertrauen abhanden gekommen ist, irgend etwas ohne die Anleitung des privaten Sektors« machen zu können. Wenn heute in der Sozialdemokratie Ratlosigkeit darüber herrscht, weshalb die BürgerInnen trotz der Finanzkrise eher den Wirtschaftskapitänen als der Politik Vertrauen schenken, so ist für eine Erklärung viel aus den Ausführungen von Crouch zur Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen zu gewinnen.

...UND DAS SELBSTVERSCHULDETE SCHEITERN

Rufen objektive Verhältnisse – Globalisierung, neue Technologien, sozialer Wandel – diese beschriebenen Entwicklungen nun zwangsläufig hervor? Das bestreiten alle Autoren, einer allerdings mit besonderer Entschiedenheit: Heiner Flassbeck, früherer Staatssekretär des Kurzzeit-Finanzministers Lafontaine und heute Chefökonom einer UN-Organisation. Der Stehsatz aller liberalen »Reformer« in allen Parteien, »dass man in der globalisierten Wirtschaft weniger Spielräume für nationale Politik hat« und daher »neue Phänomene nicht mit alten Rezepten bekämpfen kann« treibt dessen Blutdruck spürbar in die Höhe.

Geistreich und überzeugend argumentiert er neoliberale Standardargumente nieder und zeigt, warum die Konzepte des keynesianischen Wohlfahrtsstaates heute die einzig richtige Antwort auf die Krise sind. Vor allem aber vermittelt er eines: Die Marotte der Linken immer »neue Konzepte« suchen zu wollen, weil die »alten« nichts mehr taugen, führt in die Sackgasse. Wer die Interessen der Mehrheit – dynamisches Wachstum und soziale Gleichheit – durchsetzen will, hat zu höheren Löhnen, umlagenfinanzierten Pensionssystemen, einem starken Sozialstaat und keynesianischer Budgetpolitik keine Alternativen – »Superkapitalismus« hin oder her.

DIE SEHNSUCHT NACH SOZIALDEMOKRATIE

Damit liefert Flassbeck eine wichtige Ergänzung zu den scharfen Analysen von Reich und vor allem Crouch. Denn auch wenn sein Erklärungsansatz für das Scheitern der Sozialdemokratie – außer ihm und Lafontaine habe niemand in

der SPD volkswirtschaftliche Zusammenhänge verstanden – unbefriedigend ist: Flassbeck macht deutlich, dass die Linke eigentlich weiß, wie es inhaltlich geht. Das ist auch Crouch bewusst: »Eine Partei, die die Interessen dieser Gruppen [der Beschäftigten] repräsentieren wollte, müsste nicht lange nach den entsprechenden Themen suchen.« Und trotzdem strahlt Crouch in seinen Perspektiven, ebenso wie Reich, eine gewisse Hoffnungslosigkeit aus. Reich hofft darauf, dass sich die Unternehmen untereinander darauf einigen, alle LobbyistInnen aus Washington abzuziehen. Und Crouch setzt auf den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Parteien – nachdem er zuvor ausführlich und überzeugend dargelegt hat, dass »cause groups« eher ein Symptom der Postdemokratie, als ein Element zu ihrer Überwindung sind.

Aus Flassbecks Ausführungen spricht Zorn, aus Crouch und Reich eine gewisse Ratlosigkeit über den Zustand der Parteien – und trotzdem ist den drei Autoren, bei allen Unterschiedlichkeiten, eines gemeinsam: Die Sehnsucht nach sozialdemokratischer Politik, die diesen Namen verdient. Denn eines erscheint nach der Lektüre klarer denn je: Die Gesundung der Sozialdemokratie ist keine Frage der Wahltaktik mehr – sie ist eine Schlüsselfrage für unsere Demokratie. ●

LUDWIG DVOŘAK

studiert Rechtswissenschaften in Wien
und ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

Ohmacht, Macht & DNA



Fareed Zakaria DER AUFSTIEG DER ANDEREN

Die höchsten Gebäude, die mächtigsten Staudämme, die größten Flugzeuge und die innovativsten Mobiltelefone kommen schon heute nicht mehr aus den USA, sondern aus Ländern wie Indien, China, Russland oder Brasilien. Fareed Zakaria zeigt, was der rasante wirtschaftliche und politische Aufstieg dieser »anderen« Staaten bedeutet und gibt einen überraschenden Einblick in das postamerikanische Zeitalter.
Siedler, 303 Seiten, 23,60 Euro



Kaushik Sunder Rajan BIOKAPITALISMUS

Wie verändert sich unser Menschenbild, wenn DNA-Chips zur Erbgutanalyse uns alle zu Patienten im Wartestand machen? Über mehrere Jahre hinweg begab sich Kaushik Sunder Rajan in die Labore und zu den Kongressen des Biokapitalismus. Ausgehend von diesen Reportagen, formuliert er Fragen, die er anhand der Ansätze von Ulrich Beck, Michel Foucault, Karl Marx und Slavoj Zizek erörtert.
Suhrkamp, 7303 Seiten, 25,50 Euro



Thomas L. Friedman WAS ZU TUN IST

An die erste Stelle einer Agenda für das 21. Jahrhundert setzt Thomas Friedman die Notwendigkeit einer weltweiten grünen Revolution. Die innovativen Instrumente, die die drohenden Katastrophen verhindern können, sowie die notwendigen Formen der Zusammenarbeit im Gefolge dieser Revolution entfaltet er detailliert, anregend und aufrüttelnd in diesem Aufruf für eine neue Epoche.
Suhrkamp, 543 Seiten, 25,50 Euro



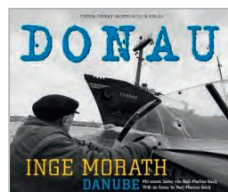
Boris Reitschuster RUSSKI EXTREM

Was würden Sie sagen, wenn Ihr Sitznachbar während einer Theater-Vorstellung lautstark in sein Handy brüllt? Oder wenn Ihnen mitten im Winter für drei Wochen das Warmwasser abgestellt wird? In Moskau ist das alles normale Härte – oder besser »Russki extrem«. In seinen amüsanten Kolumnen berichtet Boris Reitschuster von den täglichen Freuden und Leiden im Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten.
Ullstein, 253 Seiten, 15,40 Euro



Wilhelm Schlötterer MACHT UND MISSBRAUCH

Es geht um Franz Josef Strauß und seine Nachfolger, also nicht zuletzt um die bestimmende Partei Bayerns, die CSU. Der Autor arbeitete fast 30 Jahre im bayerischen Finanzministerium. In der Ära Strauß war er mit dubiosen Steuerfällen betraut, die sich später zu spektakulären Affären ausweiteten. Er zeigt die Ausmaße des Strauß-Netzwerkes sowie dessen Machenschaften unter den Nachfolgern.
Fackelträger-Verlag, 412 Seiten, 23,60 Euro



INGE MORATH, KARL-MARKUS GAUSS DONAU

Die weltberühmte Fotografin Inge Morath ist in den Jahren 1958/59 und dann wieder nach dem Fall des Eisernen Vorhanges 1993 bis 1995 der Donau bei mehreren Reisen über weite Strecken gefolgt – von der Quelle im Schwarzwald zur Mündung ins Schwarze Meer. In seinem Essay »Die Lehre der Donau« lotet Karl-Markus Gauß die historische Tiefe und Besonderheit des Donauraums aus.
Otto Müller Verlag, 144 Seiten, 44 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Diktatur, Abgründe & Liebe



Herta Müller
DIE ATEMSCHAUKEL

Herta Müller erzählt vom Schicksal der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen. In Gesprächen mit dem Lyriker Oskar Pastior und anderen Überlebenden hat sie den Stoff gesammelt, den sie nun zu einem großen neuen Roman geformt hat.

Ihr gelingt es, die Verfolgung Rumäniendeutscher unter Stalin in einer zutiefst individuellen Geschichte sichtbar zu machen. Es ist ein Buch wie eine Axt.

Hanser, 299 Seiten, 20,50 Euro



Peter Stamm
SIEBEN JAHRE

Sonja ist schön und intelligent und lebt mit Alex. Eine vorbildliche Ehe, er müsste glücklich sein. Aber wann ist die Liebe schon einfach? Und wie funktioniert das Glück? Iwona wäre neben Sonja fast unsichtbar, sie ist spröde und grau. Aber

Alex fühlt sich lebendig bei ihr und weiß nicht, warum. Sie liebt ihn. Als sie von ihm schwanger wird und das Kind kriegt, das Sonja sich wünscht, setzt er alles aufs Spiel.

S. Fischer, 297 Seiten, 19,50 Euro



Juli Zeh
CORPUS DELICTI

Juli Zeh entwirft das Science-Fiction-Szenario einer Gesundheitsdiktatur im Jahr 2057. Sie zeichnet ein System, das alle und alles kontrolliert. Gesundheit ist zur höchsten Bürgerspflcht geworden. Die »Methode« verlangt ein festes Sportpensum ebenso wie die Abgabe von

Schlaf- und Ernährungsberichten. Buchstäblich über jeden Schritt seiner Bürger ist der Staat informiert.

Schöfling, 264 Seiten, 20,50 Euro



Jose Saramago
KLEINE ERINNERUNGEN

Das ist José Saramagos »kleine« Autobiographie, wie der stets bescheidene Autor vermerkt. Und doch ist es ein »großes« Buch – der farbige Bericht seiner Kindheit und Jugend. Private Erlebnisse mischen sich mit Reflektionen, historische Betrachtungen mit Gedanken über

die Welt und das Leben. Die Wurzeln manch späterer Romane werden sichtbar – wortgewandt, verschmitzt und kurzweilig.

Rowohlt, 159 Seiten, 17,40 Euro

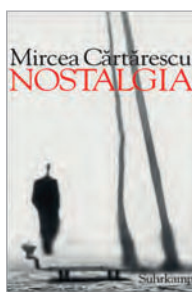


Michael Stavaric
BÖSE SPIELE

In seinem vierten Roman entwickelt Michael Stavaric ein kunstvolles Arrangement, eine gleichzeitig durchaus realistische und doch geradezu bühnenartige Szenenfolge, die einen in den Bann zieht. Der ewige Geschlechterkrieg wird mit originellen und wuchtigen Bildern be-

dacht, betörend, intelligent und mit großer emotionaler Kraft zieht einen Stavarics Roman in den Abgrund der Liebe.

C. H. Beck, 155 Seiten, 17,40 Euro



Mircea Cartarescu
NOSTALGIA.

Dieses Prosadebüt erzählt von Kindheit und Jugend im Bukarest der sechziger und siebziger Jahre. Im Licht der Erinnerung, die aus den Empfindungen aller Sinne aufersteht, gewinnen die Schauplätze eine fast übergroße Präsenz. Da ist

etwa das Gelände hinter dem Wohnblock am Stefan-cel-Mare Boulevard, wo der Knabe Mendebilus eine ganze Kinderbande mit tief sinnigen Geschichten in den Bann schlägt.

Suhrkamp, 415 Seiten, 25,50 Euro

Wachstum, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit

Ob Europa nach der sich heute vollziehenden Kontraktion des Wirtschaftsgeschehens jemals wieder zu den Trendwachstumsraten der Vorkrisenzeit zurückkehren wird, wie es in Finnland nach der Finanzkrise zu beobachten war, oder ob die europäische Wirtschaft dem Beispiel Japans folgend über viele Jahre ein Nullwachstum oder ein Negativwachstum aufweisen wird, ist ungewiss.

Die Notwendigkeit von Wachstum damit zu begründen, es könne auf diese Weise die Arbeitslosigkeit reduziert oder zumindest ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden, zählt zu den Lieblingsbeschäftigungen von Wirtschaftsforschern und -forscherinnen und zu den immer wiederkehrenden Themen politischer Reden. Tatsächlich prognostiziert die OECD für den Euro-Raum – unter der Annahme einer Schrumpfung des Bruttoinlandprodukts um 4,8 Prozent im Jahr 2009 und Nullwachstum im darauffolgenden Jahr – für 2010 eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent, was einem Anstieg um 4,5 Prozentpunkte innerhalb von nur zwei Jahren gleichkommt.

Positives Wachstum allein ist nicht ausreichend, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Selbst in einer Phase mit Wachstumsraten von um die zwei Prozent jährlich, die im Euro-Raum im Durchschnitt zwischen 2000 und 2008 zu verzeichnen waren, ist es nicht gelungen, die Arbeitslosenquote wesentlich zu reduzieren; sie fiel in diesem Zeitraum lediglich von 8,2 auf 7,5 Prozent.

Und zum bescheidenen Rückgang der Arbeitslosenquote in diesen Jahren hat nicht nur das Wachstum beigetragen, sondern auch der Bedeutungszuwachs des arbeitsintensiven Dienstleistungssektors sowie der Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze (so ist die Zahl der Arbeitsplätze stärker gestiegen als die der geleisteten Arbeitsstunden) – eine Variante von Arbeitszeitverkürzung, ohne die die Arbeitslosenquote bedeutend höher wäre.

Wirtschaftswachstum ist also nicht der allein bestimmende Faktor über Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten, sondern diese werden ganz wesentlich von Produktivität und Arbeitszeit mit beeinflusst. Auch das Arbeitsangebot spielt eine bedeutende Rolle. Da Arbeitslosigkeit nicht nur von der Höhe des Wachstums beeinflusst wird, sondern auch von der Arbeitszeit, ist Nullwachstum mit Vollbeschäftigung vereinbar, wenn die Arbeitszeit entsprechend des Produktivitätszuwachses verkürzt wird.

Seit 1890 ist die damals übliche Wochenarbeitszeit von etwa 70 bis 80 Stunden in den darauf folgenden hundert Jahren beinahe halbiert worden. Dem technischen Fortschritt sukzessive eine generelle Arbeitszeitverkürzung folgen zu lassen, konnte sich bis in die 1980er-Jahre auf breiten gesellschaftlichen Konsens stützen. Seither beobachten wir zwar weiterhin unterschiedliche Formen von Arbeitszeitverkürzung, das Ziel ist jedoch nicht mehr generelle Arbeitszeitverkürzung; vielmehr wurde die Höhe der Arbeitszeit stärker differenziert, vor allem zwischen den Geschlechtern. Es sind die Frauen, die das Gros der teilzeitbeschäftigten Arbeitskräfte stellen. Während im Jahr 2000 31,5 Prozent der Frauen im Euro-Raum teilzeitbeschäftigt waren, stieg dieser Wert im Jahr 2008 auf 35,2 Prozent. Bei den männlichen Beschäftigten stieg dieser Prozentsatz in diesem Zeitraum von 5,6 auf 7,5 Prozent.

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung für Frauen und Männer ist angesichts des ansonsten zu erwartenden weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit bei moderatem Wachstum eine beschäftigungs- und sozialpolitische Dringlichkeit. Denn Wirtschaftswachstum allein ist grundsätzlich eben nicht in der Lage, Vollbeschäftigung sicherzustellen, es konnte in den letzten Jahren nur noch als Argument für das Vermeiden noch höherer Arbeitslosigkeit überzeugen. ●

HELENE SCHUBERTH
ist Ökonomin in Wien.

»Wir werden nicht durch die Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für unsere Zukunft ...«

GEORGE BERNARD SHAW



ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____



Sind Grünanlagen alles, was man für eine grüne Stadt braucht?

Unsere Infrastrukturlösungen sorgen für eine umweltverträgliche und nachhaltige Stadtentwicklung. Und somit für grünere Städte.

Jeder, der in einer Großstadt lebt, kennt diese Fragen: Könnte die Luft nicht sauberer sein? Das Wasser reiner? Der öffentliche Nahverkehr schneller, die Infrastruktur besser und die medizinische Versorgung effizienter? Unsere Antwort: zahlreiche innovative Produkte und Lösungen, die helfen, das Leben in der Stadt für ihre Bewohner grüner und gesünder zu machen – einfach lebenswerter eben.

[siemens.com/answers](https://www.siemens.com/answers)

SIEMENS